

DIALOG

SÄCHSISCHER LANDTAG
DER PRÄSIDENT



DRESDNER GESPRÄCHSKREISE
IM STÄNDEHAUS



Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus
»Sehnsucht Freiheit – der 17. Juni 1953
im mitteleuropäischen Kontext«
am 16. Juni 2023



Sächsischer Landtag

Titelabbildung:
Demonstranten während des Volksaufstandes am 17. Juni 1953
vor der Osthalle des Leipziger Hauptbahnhofes
Foto: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

DIALOG

SÄCHSISCHER LANDTAG
DER PRÄSIDENT



DRESDNER GESPRÄCHSKREISE
IM STÄNDEHAUS

Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus
»Sehnsucht Freiheit – der 17. Juni 1953
im mitteleuropäischen Kontext«
am 16. Juni 2023



Vortrag von
Prof. Dr. Michael Gehler,
Stiftung Universität Hildesheim

Herausgegeben vom Sächsischen Landtag

Inhalt

Impressum:

Herausgeber:
Sächsischer Landtag
Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten
des Sächsischen Landtags durch den Präsidenten
Dr. Matthias Rößler vertreten.

V.i.S.d.P.:
Ivo Klatte, Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.

Redakteur:
Dr. Thomas Schubert,
Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.

Fotos:
Steffen Füssel
Schweizer Straße 44
01069 Dresden

Gestaltung, Satz:
Ö GRAFIK agentur für marketing und design
Tauscherstraße 44
01277 Dresden

Druck:
Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.

Diese Publikation wird im Rahmen der
Öffentlichkeitsarbeit des Sächsischen Landtags
kostenfrei an Interessierte abgegeben.

**Ein Kampf um Freiheit, ein Tag
der Freiheit – 70 Jahre 17. Juni 1953**
Eröffnungsansprache von
Dr. Matthias Rößler,
Präsident des Sächsischen Landtags. . . 6

**Vom Sozialprotest zum politischen
Massenaufstand: Mitteleuropäische
Dimensionen und politische Lehren
des 17. Juni 1953**
Vortrag von Prof. Dr. Michael Gehler,
Stiftung Universität Hildesheim10

**Vorstellung der
Podiumsteilnehmer 24**

Podiumsdiskussion 28

VII. Die Opfer



Getötete des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 werden vor dem Schöneberger Rathaus aufgebahrt. (© AdSD der FES)

»Ein Kampf um Freiheit, ein Tag der Freiheit – 70 Jahre 17. Juni 1953« Eröffnungsansprache von Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
verehrte Abgeordnete,
liebe Frau Dr. Aris,
verehrte Herren Professoren,
verehrter Petr Brod,
lieber Herr Dr. Arnold,

ich freue mich, dass Sie alle meiner Einladung zum 14. Dresdner Gesprächskreis gefolgt sind. Nach langer Zeit sind wir wieder am angestammten Ort, im Ständehaus. Hier, wo von 1907 bis 1933 der sächsische Landtag tagte.

Unser heutiger Gesprächskreis, meine Damen und Herren, findet am Vorabend des 70. Jahrestags des Volksaufstands in der DDR statt. Dem 17. Juni 1953 wird morgen an ganz vielen Orten unseres Landes mit Gedenkveranstaltungen Rechnung getragen. So wie es ein nahezu flächendeckender Volksaufstand war, an über 700 Orten, beginnend am 16. Juni 1953, teils andauernd bis zum 22. Juni 1953, so wird es auch 70 Jahre später ein breites Gedenken geben.

Allein in Sachsen finden Veranstaltungen in Leipzig, Dresden, Plauen, Zwickau, Chemnitz, Bautzen oder Görlitz statt.

Viele verbinden den 17. Juni 1953 mit Bildern von Demonstranten vor dem Brandenburger Tor in Berlin oder von sowjetischen Panzern auf dem Potsdamer Platz. Aber es war zugleich ein Aufstand in der Provinz, in den kleineren Städten. 40 Prozent aller am Volksaufstand beteiligten Gemeinden, so Jens Schöne, waren Dörfer mit weniger als 2 000 Einwohnern. Hier eskalierten die Proteste deutlich früher, hatten kurzfristig weitreichendere Folgen. So streikte in Görlitz ein Großteil der Betriebsbelegschaften. Binnen weniger Stunden versammelten sich auf dem Obermarkt gut 30 000 Menschen. Aufständische befreiten politische Häftlinge aus dem Gefängnis, übernahmen sogar das Rathaus. Die SED verlor hier – wie an vielen anderen Orten – für Stunden die Macht.

Über das ganze Land hinweg forderte die Bevölkerung Reformen, freie Wahlen, den Rücktritt der Regierung und Deutschlands Einheit. Die Menschen hatten die kommunistische Diktatur satt. Nicht das sowjetische Gesellschaftsmodell, sondern Freiheit und ein gutes Auskommen waren ihr Ziel. Die Massenabwanderung gen Westen zeugte davon. Allein 1953 flohen 330 000 aus der DDR.

Die »Avantgarde der Arbeiterklasse«, als die sich die SED selbst wählte und wie es der Marxismus-Leninismus »schulde«, hatte ihre Rechnung ohne die Arbeiterklasse gemacht. Als die Normerhöhungen im Zuge des »Neuen Kurses« nicht zurückgenommen wurden, brach sich die Unzufriedenheit Bahn. Die Bauarbeiter streikten und demonstrierten ausgerechnet auf der Berliner Stalinallee, dem Vorzeigevorhaben.

Das SED-Regime sah am 17. Juni 1953 sein letztes Stündlein gekommen. Nicht so die sowjetische Besatzungsmacht.



Sie verhängte über viele Landkreise und Städte das Kriegsrecht, ließ Panzer auffahren und beendete mit ihren Divisionen gewaltsam den Aufstand. 55 Tote und tausende Verletzte waren zu beklagen. Sowjetische Bajonette schützten die SED-Herrschaft vor dem eigenen Volk. Heftig fiel die Rache der düpierten Herrscher aus: gut 15 000 Verhaftete, 1 800 zu teils hohen Haftstrafen Verurteilte, zehntausende für ihr ganzes Leben Gebrandmarkte und Stigmatisierte, hunderttausende Flüchtlinge.

Der 17. Juni 1953 hinterließ ein »doppeltes Trauma«, wie es der Historiker

Bernd Eisenfeld einmal bezeichnet hat. Ein Instabilitätstrauma bei der Staatspartei, ein latentes Gewalt- und Verfolgungstrauma bei der Systemopposition. Wer in der DDR fortan von freien Wahlen, der deutschen Einheit oder gar vom 17. Juni sprach, der wurde als Konterrevolutionär verfolgt. Das SED-Regime baute seinen Unterdrückungsapparat aus. Ein derartiger Kontrollverlust durfte nicht wieder vorkommen. Und ja, er blieb in der DDR für ganze 36 Jahre aus.

Verehrte Gäste, unser Thema »Der 17. Juni 1953 im mitteleuropäischen Kontext« ist bewusst breiter gehalten.

Wir wollen angesichts des 70. Jahrestags des Volksaufstands besonders dem mitteleuropäischen Moment der einstigen Freiheitskämpfe gegen die kommunistischen Herrschaftsregime nachgehen. Wir wollen deren Eigenheiten identifizieren, ebenso nach Verbindungen ausschauen. Wir wollen den 17. Juni mitteleuropäisch verstehen. Wie wurde der 17. Juni 1953 in den mitteleuropäischen Ländern gesehen? Warum kam es hier im Nachgang zu Erhebungen, wo doch der 17. Juni gezeigt hat, wie die Sowjetunion reagieren würde? Oder wurde die DDR als »Sonderfall« gesehen, der sich nicht übertragen ließ?



Viele Volksaufstände erschütterten den kommunistischen Machtbereich in Mitteleuropa. Auf das Jahr 1953 folgten 1956 die Volkserhebungen in Ungarn und in Polen, 1968 dann der »Prager Frühling« in der Tschechoslowakei. In Polen entstand 1980 mit der Solidarność eine gesellschaftliche Gegenbewegung. 1989/90 schließlich überwandten Freiheitsrevolutionen die kommunistischen Diktaturen in Ost- und Mitteleuropa. Den Menschen ging es darum, das kommunistische Joch abzustreifen. Obwohl zu unterschiedlichen Zeiten und Rahmenbedingungen verband alle die Sehnsucht nach Freiheit.

Meine Damen und Herren, der 17. Juni steht stellvertretend für die totalitäre Niederschlagung einer Freiheitsbewegung. Er steht für die brutale Gewalt des Kommunismus und Sozialismus. Er steht für die lange Zeit unerfüllt gebliebene Forderung nach Freiheit und deutscher Einheit. Er steht aber auch für den Mut und die Opferbereitschaft der Aufständischen, die uns fortwährend größten Respekt abverlangen. Der 17. Juni 1953 bleibt für alle Zeiten der erste revolutionäre Versuch der Ostdeutschen, Demokratie und Einheit zu erringen.

Umso bedauerlicher finde ich, wenn der Tag im kollektiven Gedächtnis mehr

und mehr verblasst. Hubertus Knabe warnte jüngst in der FAZ: »Das Jubiläum in diesem Jahr könnte das letzte sein, an dem der Erhebung umfassender gedacht wird.« Wer das nicht geschehen lassen will, muss das historische Erbe pflegen. Lassen Sie uns den 17. Juni nicht nur als Gedenktag begehen, sondern auch als einen »Denktag über Geschichte«, einen Denktag über die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit. Kurzum: Lassen Sie uns jeden 17. Juni als den Tag der Freiheit ehren.

Meine Damen und Herren, die Opfer des 17. Juni sind für dieselbe Freiheit gestorben und ins Gefängnis gegang

gen, die wir 1989 auf friedlichem Wege erringen konnten und die uns heute in Mitteleuropa oft als eine Selbstverständlichkeit gilt. Dass diese Freiheit immer wieder aufs Neue erkämpft und verteidigt werden muss, sehen wir aktuell in äußerster Härte in der Ukraine. Aber auch in unseren Ländern gilt es, die Freiheit in Verantwortung zu leben – wieder und wieder.

Über all das und vieles mehr werden wir in einer großartig besetzten Runde diskutieren. Die Gäste des heutigen Abends wird Ihnen später unser Moderator Thomas Arnold kurz vorstellen. Herr Dr. Arnold ist der Direktor der Katholischen Akademie des Bistums Dresden-Meißen. Vielen Dank, dass Sie uns heute unterstützen!

Bevor es losgeht, möchte ich noch einige Worte über unseren heutigen Referenten, Herrn Prof. Dr. Michael Gehler, verlieren. Geboren 1962 in Österreich und aufgewachsen in Bayern, führte ihn sein Studium der Geschichte und Germanistik zurück nach Innsbruck. Er wurde 2006 an die Universität Hildesheim als Professor für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte berufen und war Gründungsdirektor des Instituts für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien. 2021 erfolgte



zudem seine Ernennung zum Universitätsprofessor an der Andrassy Universität Budapest.

Michael Gehler forscht intensiv zu Fragen der Europäischen Integration und der Geschichte Mitteleuropas. Ein Hauptaugenmerk seiner zahlreichen Schriften liegt auf den Freiheitsrevolutionen in Mitteleuropa, beginnend mit den Volks- und Arbeiteraufständen 1953 bis hin zur mittel- und osteuropäischen Freiheitsbewegung 1989. Er hat auch schon am 3. Oktober, dem deutschen Nationalfeiertag, zu uns im Sächsischen Landtag gesprochen.

Jüngst sind von ihm zwei umfangreiche Quelleneditionen zur Krisengeschichte in den kommunistischen Diktaturen Mittel- und Osteuropas erschienen. Fulminante Dokumentensammlungen der Ballhausplatz-Diplomatie, aus denen er uns heute sicherlich das eine oder andere Fundstück präsentieren wird.

Lieber Michael Gehler, ich freue mich, dass Sie wieder einmal zu uns nach Dresden gekommen sind und bitte Sie um Ihren Vortrag.

Vielen Dank.

»Vom Sozialprotest zum politischen Massenaufstand: Mitteleuropäische Dimensionen und politische Lehren des 17. Juni 1953«

Vortrag von Prof. Dr. Michael Gehler, Stiftung Universität Hildesheim

Der 17. Juni ist ein Schlüsseldatum der deutschen und mitteleuropäischen Nachkriegsgeschichte: Hunderttausende waren an diesem Tag auf den Straßen der DDR, streikten oder demonstrierten für bessere Arbeitsbedingungen und für ihre Freiheit gegen die Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik. Sowjetische Panzer walzten die in eine Volkserhebung übergegangene Protestbewegung nieder und retteten das politische System des ZK-Generalsekretärs der SED, Walter Ulbricht.

I. Zeitgeistige Rezeption als Kontext-Problem

Der renommierte Historiker Fritz Stern von der Columbia University New York sagte am 17. Juni 1987 anlässlich einer Sitzung des Deutschen Bundestags zum Gedenken des ostdeutschen Aufstands, dass er »zukunftsweisend«

gewesen sei. Wie selbstverständlich ging Stern gleich vieler Zeitgenossen von der Unabänderlichkeit der deutschen Teilung aus. Wenige Wochen vor dem Besuch des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in der Bundesrepublik meinte Stern sogar, dass der 17. Juni kein Aufstand für die »Wiedervereinigung« gewesen sei [sic!]. Die Aufständischen hätten jedoch mehr erreicht – sowohl Erstrebtes wie Ungerahntes –, als man nach ihrer Niederlage vor sowjetischen Panzern hätte erwarten können. Der 17. Juni sei zu einem Vorboten von Aufständen und Reformen geworden. Die Menschen der Nachbarländer der DDR, Polen, Ungarn und der damaligen Tschechoslowakei, hätten auf ihre eigene großartige Weise versucht, ihre Forderungen durchzusetzen. Der alte preußische Spruch »Gegen Demokraten helfen nur Soldaten« habe sich als falsch erwiesen, eher sich Talleyrands Satz bewährt: »Mit Bajonetten kann man alles machen, nur nicht auf ihnen sitzen.« Der Aufstand vom 17. Juni war für Fritz Stern ein Aufstand

für ein besseres und freieres Leben. Es wäre falsch zu behaupten, so Stern, dass er erfolglos geblieben sei. Er richtete seinen Blick auch in andere Teile Europas: Nach Abschluss der Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaften mit Portugal und Spanien 1986 sah Stern den Aufstand in einem großen Zusammenhang als Art Auftakt zur schrittweisen Befreiung verschiedener Völker von diktatorischen Herrschaften wie Spaniens, Portugals und auch Griechenlands. Welche Ursachen hatte dieser Aufstand?

II. Ursachen: Machtverschiebung im Kreml und Wirtschaftsmisere in der DDR

Am 5. März 1953 starb Stalin. Der Ministerrat der DDR ordnete »Landestrauer« an. Politisches »Tauwetter« setzte ein: An Stelle des Diktators trat eine Troika, bestehend aus Nikita Chruschtschow, Georgi Malenkow und Lawrenti Berjia. In Moskau wusste man



über die angespannte Lage in Ostdeutschland: Für die Zunahme der Flüchtlingszahlen war nicht allein »feindliche Propaganda« verantwortlich, sondern der Zwang für Bauern, Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) beizutreten. Hinzu kam die Furcht vor Abschaffung des Privateigentums und vor allem die schwierige Versorgungslage mit Konsumgütern und Nahrungsmitteln. Das ZK der SED beschloss noch die Erhöhung der Arbeitsnormen in den Volkseigenen Betrieben (VEB) um mindestens 10 Prozent für den 30. Juni, Walter Ulbrichts 60. Geburtstag. Innenminister Berija empfahl dem

Deutschlandexperten des sowjetischen Außenministeriums, Wladimir Semjonow, die Ankündigung einer Änderung der Politik in der DDR durch Förderung der Konsumgüterproduktion und Lockerung der Repressionspolitik. Es sollte keine neuen LPGs mehr geben. Ein Bericht des Armeegenerals Wassili Tschuikow an das Präsidium des ZK der KPdSU enthielt Kritik an der SED. Entgegen den sowjetischen Überlegungen veröffentlichte das Zentralorgan der SED »Neues Deutschland« am 28. Mai den Beschluss zur Erhöhung der Arbeitsnormen. Ende Mai wurde Semjonow »Hoher Kommissar« in der DDR.

III. Anlässe und Auslöser: Der »Neue Kurs« als Irritation der Parteibasis und Stimulation der Arbeiterschaft

Anfang Juni 1953 wurden Ulbricht und Genossen zu geheimen Konsultationen nach Moskau bestellt und ein Memorandum »Über Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der DDR« übergeben. Die Delegation kehrt mit der strikten Order zurück, die 1952 von Stalin genehmigte SED-Politik des »planmäßigen Aufbaus des Sozialismus« zurückzunehmen und einen Richtungswechsel einzuleiten, um die Krise in der DDR zu entschärfen. Am 9. Juni übt

das Politbüro der SED öffentlich Selbstkritik. Ein »Neuer Kurs« wird kundgetan. Die erhöhten Arbeitsnormen bleiben jedoch unberührt. DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl erklärt im Namen der SED-Führung, das kirchliche Leben in der DDR zu respektieren. Von Seiten der Kirche wird zugesichert, sich nicht in politische Belange einzumischen. Die SED-Basis ist angesichts der 180-Grad-Wendung verwirrt. Teile der Bevölkerung, vor allem Arbeiterinnen und Arbeiter, empfinden den Kurswechsel als Zeichen der Schwäche.

IV.

Spontaner Übergang: Von Arbeiterprotesten zu Massenversammlungen

Auf Baustellen in Ost-Berliner Betrieben kommt es zu Arbeitsverweigerungen. Die Rücknahme der Normenerhöhung wird gefordert. Resolutionen werden verlesen und unterzeichnet. Am 16. Juni 1953 bezeichnet die Gewerkschaftszeitung *Tribüne* die Normenerhöhung als falsch. Sie »könne aber nicht mehr zurückgenommen werden«. Betriebs- und Gewerkschaftsleitung versuchen die Arbeiter zu beruhigen. Es formiert sich auf der Baustelle Block 40 der Stalinallee ein Demonstrationszug von mehreren hundert Arbeitern. Am frühen Nachmittag kommen sie vor dem Haus der Ministerien in der Leipziger Straße an, wo sich inzwischen über 10 000 Menschen versammelt haben.

In der routinemäßig abgehaltenen Sitzung des Politbüros wird der Ernst der Lage zu spät erkannt. Vor dem Haus der Ministerien versucht Industrieminister Fritz Selbmann eine Ansprache zu halten. Die Stimmung unter den Arbeitern ist bereits so aufgeheizt, dass der Rücktritt der Regierung gefordert wird. Als Selbmann die Rücknahme der Normenerhöhung bekanntgibt, kann das die Demonstranten nicht mehr besänftigen. Sie rufen zum Generalstreik und weiteren Demonstrationen am nächsten Tag auf. Der Sender RIAS im westlichen Sektor Berlins berichtet erstmals ausführlich über die revolutionären Ereignisse in Ost-Berlin. In Moskau wird indes eine Entscheidung über das Eingreifen sowjetischer Truppen am Abend des 16. Juni getroffen. Sowjetische Verbände werden in Richtung Berlin in Marsch gesetzt.

V.

Verläufe: Streiks und Volksaufstände

Am 17. Juni ist bereits in den frühen Morgenstunden der gesamte ostdeutsche Polizei- und Sicherheitsapparat in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Die Einsatzstäbe handeln unkoordiniert, teilweise sogar gegeneinander. Sie gehen davon aus, dass die Streiks auf Ost-Berlin beschränkt bleiben. Die Unruhen breiten sich auf Stadtbezirke aus. Fast alle Baustellen und Betriebe werden bestreikt. Im Parteiorgan *Neues*

Deutschland wird der Beschluss des Politbüros zur Rücknahme der Normen veröffentlicht. »Operativgruppen« der Staatssicherheit nehmen Streikende und Demonstranten fest, die indes freie Wahlen und inzwischen auch die deutsche Einheit fordern. Sowjetische Militärstreifen und Polizeieinheiten verhaften Aufständische. Die SED-Spitze wird auf Weisung von Semjonow nach Karlshorst, dem Hauptquartier der Sowjetischen Militäradministration und Ort der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, in Sicherheit gebracht. Die ersten sowjetischen Panzerverbände erreichen den Alexanderplatz und die Hauptstraßen der Innenstadt. Sie positionieren sich an Knotenpunkten, öffentlichen Gebäuden und an der Sektorengrenze. Gegen 11 Uhr demonstrieren und protestieren in Ost-Berlin etwa 150 000 Menschen. Immer wieder kommt es zu größeren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizisten. Der öffentliche Verkehr kommt zum Erliegen, Bahnen und Busse fahren nicht mehr. Zusammenstöße mit der Polizei und Angriffe auf öffentliche Gebäude werden aus vielen Teilen der DDR gemeldet. In über 700 Städten und Gemeinden wird demonstriert und gestreikt. Zentren des Aufstands befinden sich in den südlichen SED-Bezirken. Aufständische befreien Häftlinge und stürmen öffentliche Gebäude, darunter Kreisdienststellen der Staatssicherheit,



SED-Bezirksleitungen und FDGB-Gebäude, Volkspolizei-Reviere, Kreisratsämter, Rathäuser und Gemeinderäte.

VI. Gewaltsame Eingriffe: Militär- intervention und Repression

Gegen 12 Uhr räumen Panzer in Schrittgeschwindigkeit Straßen und Plätze in Berlin. Erste Schüsse fallen. Um 13 Uhr verhängt die sowjetische Besatzungs-

macht den Ausnahmezustand über Ost-Berlin sowie in weiteren 13 Bezirken und 51 Kreisstädten in den folgenden Stunden. Kriegsrecht gilt in 167 von insgesamt 217 Stadt- und Landkreisen. Die Lage in Berlin eskaliert. Kioske, Wachhäuser und Autos werden angezündet und ganze Ladenzeilen geplündert. Mehrmals räumen sowjetische Kampfverbände die Innenstadt. Die Protestbewegung bröckelt und erlahmt gegen Nachmittag. Gegen 19 Uhr fallen

letzte Schüsse im Ost-Berliner Zentrum. Der Aufstand in Berlin scheint gebrochen, hält aber außerhalb der Hauptstadt lokal und regional mindestens noch Tage lang an.

Das SED-System schlägt in Folge erbarungslos zurück. Bereits am 18. Juni weist der stellvertretende Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, per Blitz-Fernschreiben alle Dienstseinheiten an, »Agitatoren«, »Drahtzieher«,



»Hetzer«, »Provokateure«, »Saboteure«, »Rädelsführer und andere Elemente« zu verhaften. In vielen Betrieben streiken die Beschäftigten jedoch weiter. Die Kasernierte Volkspolizei geht gegen diese »Zusammenrottungen« vor. Dabei fallen Schüsse. Willy Göttling, Alfred Dartsch und Herbert Stauch werden von der sowjetischen Besatzungsmacht standrechtlich erschossen. Das ZK der SED erklärt das Geschehen als »von langer Hand vorbereiteten Tag X« und als einen von westlicher Seite gelenkten »faschistischen Putsch«.

Am 25. Juni hebt die sowjetische Besatzungsmacht den Ausnahmezustand für

die DDR auf. Erst vier Tage später erfolgt das auch für Dresden, Cottbus und Potsdam. Anfang Juli 1953 setzt eine zweite Streikwelle in mehreren großen DDR-Betrieben ein. In den Buna-Werken in Schkopau übersteigt die Streikbewegung vom 15. bis 17. Juli die vom 17. Juni.

Köpfe mussten auch im SED-Herrschaftssystem rollen: Justizminister Max Fechner wird wegen »partei- und staatsfeindlichen« Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen und verhaftet. Das Politbüro beschließt, Innenminister Wilhelm Zaisser zu entlassen. Der Chefredakteur des *Neuen Deutschland*, Rudolf Herrstadt, wird aus dem ZK und

dem Politbüro entfernt sowie von sämtlichen Parteifunktionen entbunden und Ulbricht zum neuen »Ersten Sekretär« des ZK gewählt.

VII. Die Leidtragenden und Opfer

Laut der Bundesbehörde für die Unterlagen der Staatssicherheit nahmen an den Protesten des 17. Juni 1953 geschätzt zwischen 400 000 und 1,5 Millionen Menschen teil – je nach Sichtweise geschätzt 5,2 Prozent bis 19,5 Prozent der berufstätigen Bevölkerung. Die genaue Zahl der Todesopfer steht bis heute nicht fest. Bekannt sind

51 getötete Demonstranten und drei ums Leben gekommene Parteigenossen. 123 völlig unbeteiligte Personen kamen ebenfalls zu Tode. Mindestens 20 Deutsche wurden standrechtlich erschossen, angeblich etwa 40 sowjetische Soldaten wegen Befehlsverweigerung. Rund 5 600 Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet und zweimal die Todesstrafe ausgesprochen. Über 6 000 Personen gerieten in Haft. Fast 1 500 Gefangene waren im Zuge des Aufstands aus Gefängnissen befreit worden.

VIII. Mitteleuropäische Dimensionen und die internationalen Reaktionen

1. Vorboten des 17. Juni in der ČSR mit ersten Aufständen 1953

In der Tschechoslowakei herrschte ebenfalls eine Wirtschaftskrise. Infolge eines notwendig gewordenen Währungs- umtausches am 30. Mai 1953, der einem Entzug von privaten Altguthaben und Kontoeinlagen, unter anderem von vertriebenen Deutschen und Ungarn, gleichkam, setzten am 1. Juni 1953 in größeren Städten wie Oderberg/ Bohumín, Orlau/Orlová, Mährisch-Ostrau/ Ostrava, Strakonitz/Strakonice und im südböhmischen Winterberg/Vimperk Protestmärsche ein, wobei die Demonstrationen in der Stadt Pilsen die größten waren. Die Massenproteste in der ČSR

waren das erste Aufbegehren im Sowjetimperium und damit gegen ein sozialistisches Terrorsystem hinter dem Eisernen Vorhang. Die Demonstranten besetzten in Pilsen das Rathaus und das Stadtradio. Armeeverstärkungen, bewaffnete Grenzschutzeinheiten, Polizei und Volksmilizen aus Prag konnten am Abend wieder Ruhe und Ordnung herstellen. Dieser Aufstand von Pilsen und anderen tschechischen Städten ging dem 17. Juni in der DDR voraus. Haftstrafen, Strafprozesse und Verurteilungen folgten. Kurz vor der Pilsener Massendemonstration hatte der schon in Ungarn eingeleitete »Neue Kurs« Einfluss auf die ČSR genommen. Das wird in einer jüngsten Edition »Von der Volksrepublik zum Volksaufstand« für Ungarn in den Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs deutlich.

2. Neue Signale in Ungarn, das aber mit sich selbst beschäftigt ist

Die in der ungarischen Volksrepublik von Imre Nagy verlautbarten Reformanzeigen waren auf großes Interesse bei Tschechen und Slowaken gestoßen. Am 17. Juni begann bereits die Umsetzung des »Neuen Kurses« in Budapest. Imre Nagy sollte am 30. Juni den Stalinisten Mátyás Rákosi ersetzen, was das Selbstvertrauen der ungarischen stalinistischen Führungskader empfindlich stören sollte. Beide kommunistischen Herrschaftssysteme – sowohl das

tschechoslowakische als auch das ungarische – waren in dieser Zeit allerdings zu sehr mit sich selbst und ihren Kurskorrekturen beschäftigt, das heißt mit den innenpolitischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Problemlösungen, um sich eingehender mit dem Aufstand in Ostdeutschland und den Folgen für das eigene Land zu befassen.

3. Scharfe ideologisch-politische Abgrenzung Jugoslawiens

Am 28. Juni 1953 erschien in der jugoslawischen Parteizeitung *Borba* ein Leitartikel des führenden kommunistischen Theoretikers und vormaligen Außenministers Edvard Kardelj, in dem der Aufstand vom 17. Juni als »das wichtigste Ereignis nach dem jugoslawischen Widerstand des Jahres 1948« bezeichnet wurde. Gemeint war die Abkehr Belgrads von Moskau, der Bruch Titos mit Stalin, womit ein erster Stein aus dem sogenannten Sowjetblock herausgebrochen war. Kardelj erkannte in den Streiks und Demonstrationen in der DDR »den Charakter einer echten revolutionären Massenaktion der Arbeiterklasse gegen ein System, das sich ›sozialistisch‹ und ›proletarisch‹ nennt.« Des Weiteren schrieb er: »Die Triebkraft dieser Ereignisse ist im Grunde nicht das nationale Moment; es ist nicht nur ein Problem der Deutschen gegen eine fremde Besatzung. Nein, es handelt sich hier vor allem um den Klassenprotest

des deutschen Arbeiters gegen die staatskapitalistischen Verhältnisse, die ihm von der Besatzung im Namen eines ›sozialistischen Messianismus‹ als ›sozialistisch‹ und ›proletarisch‹ aufgezungen wurden, die er aber weder als ›proletarisch‹ noch als ›sozialistisch‹ anerkennt. Und gerade darin liegt die historische Bedeutung dieser Ereignisse.« Kardelj kommentierte den ostdeutschen Volksaufstand vom 17. Juni auf scharfe Weise: »In Berlin hat die herrschende Bürokratenkaste die rote Fahne der Oktoberrevolution endgültig in den Schmutz gezogen. Nicht der Sowjetsoldat, der unter ihr in die Arbeitermassen schoss, verteidigte in Berlin diese Fahne, sondern die Berliner Arbeiter, als sie diese vom Brandenburger Tor herunterholten.«

Offiziell war Kardelj fortan der Chefideologe, tatsächlich aber auch das liberale Gewissen von Jugoslawiens Bund der Kommunisten, den er persönlich und konzeptionell zu mehr Demokratie und Pluralität trieb – stets in Spitzenfunktionen und als Titos rechte Hand. Er beleuchtete und benutzte damit den 17. Juni als Zeichen sowjetischer Systemschwäche.

4. Polnische Reaktionen der Anteilnahme, Solidarität und Sympathie

Der österreichische Vertreter in Warschau, Walter Conrad-Eybesfeld, berichtete am

19. Juni, dass entgegen den offiziellen Stellungnahmen die Aufstände des 17. Juni »in weiten Kreisen des polnischen Volkes durchaus Sympathie und Bewunderung« fanden, wie aus unverdächtigen Quellen bekannt geworden sei. Da das Abhören ausländischer Rundfunksendungen in Polen weit verbreitet war, sei die Bevölkerung »trotz aller gegenteiliger Bemühungen der Regierung immer rasch und gut über die Ereignisse informiert, die ihr überhaupt verheimlicht oder in entstellter Form mitgeteilt werden«. Das kommunistische System und seine Propaganda in Polen waren sich der revolutionären Ereignisse in der DDR als Volksaufstand bewusst. Es sollte allerdings keinen Erfolg damit haben, öffentliche Zustimmung für die offizielle Deutung des Geschehens seitens der SED-Führung als eine »Konterrevolution« zu erreichen. Trotz Isolation, Manipulation und Verschleierung erhielten nicht unwesentliche Teile der polnischen Bevölkerung Aufschluss über die wahren Hintergründe und Vorgänge um den 17. Juni in Ostdeutschland. Durch westliche Rundfunksender war man über die Forderungen der Aufständischen informiert. Diese wurden weiter verbreitet und weitgehend geteilt. Die Nachrichten verbreiteten sich durch neu hinzugekommene Gerüchte weiter aus, wobei es zu Entstellungen, Erfindungen, Verzerrungen und Übertreibungen kam. Fehlinformationen über mögliche Korrekturen

der polnischen Grenze zur DDR erzeugten sowohl Ängste als auch Hoffnungen. Der polnische Sicherheitsdienst äußerte zunächst kein Missfallen gegenüber den aufbegehrenden Deutschen, dann jedoch eine gewisse Genugtuung aufgrund ihrer Niederwerfung. Durch den 17. Juni in der DDR setzte eine Beeinträchtigung des Arbeitstempos in Polen ein. Die Aufmerksamkeit bezüglich der revolutionären Ereignisse in der DDR und die damit verbundene Emotionalisierung führten zu Arbeitsniederlegungen, ließen die Produktivität der polnischen Wirtschaft sinken und boten Anreize für zukünftige Streiks. Westdeutsche Blätter berichteten über Kämpfe an der deutsch-polnischen Grenze und blutigen Unruhen in Polen sowie unter anderem über Ausschreitungen in den oberschlesischen Industriegebieten, demzufolge sowjetische Militäreinheiten entsandt worden seien. Dabei soll es unter Teilen der polnischen Bevölkerung zu Solidaritätsbekundungen mit den aufständischen Ostdeutschen gekommen sein. Die Nachrichten basierten allerdings auf unbestätigten Informationen und Gerüchten, wie zum Beispiel die Meldung, dass es nach Niederschlagung des Aufstands in der DDR auch zu einem Ausbruch eines gewaltsamen Aufstandes in Polen gekommen sei. Offizielle Stellen in Warschau sahen sich zu Gegenverlautbarungen gezwungen: Am 6. Juli reagierte die kommunistische Propaganda Polens



durch die Publikation eines Dementis durch die Parteizeitung *Trybuna Ludu*, in dem den westlichen Meldungen auf das Schärfste widersprochen wurde. Sehr zurückhaltend reagierte die polnische Abteilung von Radio Free Europe in München auf die westlichen Nachrichten, die offenbar von der Erwartung getragen waren und gestreut wurden, damit Polen im Sinne einer erhofften Kettenreaktion als nächster Schauplatz eines weiteren Unruheherds dienen könne. Zu einem tatsächlichen Aufstand kam es in Polen erst drei Jahre

später und zwar im Juni 1956 in Posen mit Ausschreitungen, Demonstrationen, Gewalthandlungen und Unruhen mit Verletzten und Toten. Der 17. Juni 1953 löste jedenfalls ein polnisches Echo aus, als er Anlass zu Diskussionen gab, sich die Einstellung gegenüber dem eigenen kommunistischen Regime zu überlegen, diese zu hinterfragen und zu verändern, indem er zu einem Vergleich der beiden Länder und ihrer verschiedenen Lagen und Möglichkeiten einlud, ja gar spezifische Aktivitäten erzeugte. Das waren erste Ansätze und

Erscheinungsformen, die auf den polnischen Sommer 1956 hindeuteten.

5. Der Westen im Status-quo-Denken in »unheiliger Allianz« mit der Sowjetunion

Der Aufstand in Pilsen und der 17. Juni hatten gezeigt, dass erstmals in Bevölkerungen sowjetischer »Bruderstaaten« ein Prozess in Gang geraten war, der langfristig auf eine Änderung der mitteleuropäischen Nachkriegsordnung ausgerichtet war. Unterstellt man den

Sowjets eine expansive Europapolitik, so war diese bereits durch die vom Westen erzwungene Aufhebung der Berlin-Blockade infolge der Luftbrücke 1948/49 an Grenzen gestoßen.

Die ersten beiden Stalin-Noten vom 10. März und 9. April 1952 für einen deutschen Friedensvertrag konnten als glaubhafte Hinweise auch auf eine sowjetische Bereitschaft zur Entspannungspolitik gedeutet werden. Der Westen und Bundeskanzler Konrad Adenauer gingen auf die Angebote aber ganz bewusst nicht ein, zumal sie befürchteten, es könnten sich ernsthafte Absichten dahinter verbergen.

Der Vorschlag des konservativen britischen Premiers Winston S. Churchill in einer Rede im House of Commons vom 11. Mai 1953, eine »einsame Pilgerreise« nach Moskau zu den Nachfolgern Stalins zu unternehmen, um mit dem Kreml über ein neutralisiertes Gesamtdeutschland zu verhandeln, wurde mit der blutigen Unterdrückung des Aufstands der Ostdeutschen unmöglich. Als Befürworter der Preisgabe des Ulbricht-Regimes kam Berija in Moskau selbst in Bedrängnis, wurde gestürzt, aller Ämter beraubt und schließlich am 23. Dezember hingerichtet.

Die Ereignisse des 17. Juni nutzten ungewollt Adenauer. Seine Westpolitik fand damit Bestätigung. Angesichts

der sowjetischen Repression konnte er intern von Vier-Mächte-Gesprächen abraten und Verhandlungen mit der Sowjetunion über die deutsche Einigung ablehnen, obwohl er öffentlich taktisch zur Beschwichtigung der deutschen Bevölkerung solche forderte.

US-Präsident Eisenhower lobte die »Standfestigkeit« in seiner Deutschlandpolitik und pflichtete der Ansicht des Kanzlers bei, dass die »Wiedervereinigung nur auf dem Wege fortgesetzter europäischer Integration möglich« sei. Außenminister John Foster Dulles ergänzte, dass es sich für Deutschland »katastrophal« auswirken würde, wenn Adenauer seine Kanzlerschaft nach den Wahlen nicht fortsetzen könnte. Der 17. Juni stärkte jedoch den Kanzler in seiner Position sowohl im Bündnis mit den Westmächten als auch in der Innenpolitik, wie sein Wahlsieg am 6. September bei einer Wahlbeteiligung von 86 Prozent zeigte und den Unionsparteien 45,2 Prozent der abgegebenen Stimmen (nach 31 Prozent 1949) bescherte und sie damit die stärkste Fraktion bildeten. Die Westintegration der Bundesrepublik besaß mit dem 17. Juni eine breite parlamentarische Basis.

Im Grunde bestand nicht nur ein bundesdeutsch-westallierter, sondern auch ein interalliiertes Konsens: Der britische Staatsminister John Selwyn Lloyd hielt am 22. Juni 1953 intern ver-

traulich für Churchill fest, dass sich die Grundlinie britischer Deutschlandpolitik angesichts des 17. Juni nicht geändert habe: »Therefore everybody – Dr. Adenauer, the Russians, the Americans, the French and ourselves – feel in our hearts that a divided Germany is safer for the time being. But none of us dares to say so openly because of the effect on public opinion in Germany. Therefore, we all publicly support a united Germany, each on his own terms.« Selwyn Lloyd machte bei seiner Aufzählung offensichtlich zwischen Adenauer und den Deutschen einen Unterschied, wenn er (übersetzt ins Deutsche) festhielt: »Deutschland ist der Schlüssel zum Frieden in Europa. Ein geteiltes Europa bedeutet ein geteiltes Deutschland. Deutschland wieder zu vereinen, solange Europa geteilt ist, ist – falls machbar – gefährlich für uns alle. Deshalb fürchten wir alle – Dr. Adenauer, die Russen, die Amerikaner, die Franzosen und wir selbst – im Grunde unseres Herzens, daß ein geteiltes Deutschland fürs erste sicherer ist. Aber keiner von uns wagt es, dies wegen der Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in Deutschland auch offen auszusprechen. Daher treten wir alle in der Öffentlichkeit für ein vereintes Deutschland ein, jeder aufgrund seiner eigenen Bedingungen.«

Was besagt dieses Zitat? Die Sieger des Zweiten Weltkriegs blieben aus Prinzi-

pientreue Verbündete, weil es um Konsolidierung ihrer Einflussbereiche ging – sowohl in Berlin wie in Deutschland als Ganzes. Verlierer waren die Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang, die vergeblich auf die Einheit gehofft hatten. Sie erwarteten daher auch vom Westen mehr als nur eine zur Schau getragene menschliche Anteilnahme und propagandistische Kundgebungen.

Aus Sicht des US-State Departments sollte jedoch nur der »Topf auf kleiner Flamme kochen, ohne es zum Überkochen kommen zu lassen« (to keep the pot simmering). Das Geschehen des 17. Juni war für die amerikanische Führung nicht prioritär, wurde allerdings instrumentalisiert, um eine deutschlandpolitisch eventuell konzessionsbereitere sowjetische Politik abzulehnen und die Westintegration der Bundesrepublik abzusichern. Die Tragik des Aufstands bestand demnach darin, dass sein Scheitern allen Gegnern eines Kompromisses zwischen Ost und West sowie all jenen nutzte, die am deutschlandpolitischen Status quo festhalten wollten. Der 17. Juni verfestigte die deutsche und europäische Teilung und war damit auch eine Niederlage für ein freies und selbstbestimmtes Mitteleuropa.

Die Teilung Deutschlands bot den Siegern des Zweiten Weltkriegs mehr Sicherheit als die deutsche Wiederver-



einigung, wenngleich man dies nicht öffentlich sagen könne, soweit Selwyn Lloyd. Es gehe jetzt aber darum, die Sympathien der Deutschen nicht zu verlieren, besonders jener in Ostberlin und der Sowjetzone, die nicht zu loyalen Elementen der russischen Kommunisten werden sollten. Das geschah in Folge mit amerikanischen Lebensmittelpaketen und Propaganda-Luftballons. Psychologisch war der 17. Juni für die Menschen in der DDR bedeutsam. In ihrem reprivatisierten Selbstverständnis blieb er weiter und immer wieder präsent. Man erinnerte sich an das Datum.

IX. Die Lehren

Das Jahr 1953 zeigte, dass stalinistische Systeme bei anhaltender Mangelwirtschaft und unterlassenen Reformen rasch in existentielle Legitimationsprobleme des eigenen Machtbereichs geraten konnten. Eine weitere Erkenntnis lautet, dass zu spät eingeleitete Reformen in sozialistischen Staaten, die Arbeiter davon ausnehmen und noch dazu Leistungssteigerungen verlangen, zur Explosion des Unmuts führen. Die unmittelbaren Schwächeanzeichen des sowjetischen Systems nach Stalins Tod hatten Umbruchmöglichkeiten nicht



nur in Deutschland, sondern in ganz Mitteleuropa angedeutet.

Eine Revolution im sogenannten »Ostblock« konnte jedoch nur bei gleichzeitigen länderübergreifenden Aufständen Erfolgsaussicht haben, wie das Jahr 1989 lehren sollte. Die Bildung revolutionärer Organisationsformen von längerem Bestand war aufgrund des rigiden staatlichen Repressionsapparats mit sowjetischer Unterstützung allein in der DDR nicht möglich. Der 17. Juni war dennoch beispielgebend und langfristig wirksam, obwohl er keine zentrale Führungsfigur hervorbrachte. Davon lernten die folgenden

Umbruchs- und Veränderungsversuche in Mitteleuropa. Die Aufstände in Ungarn (1956) mit Imre Nagy, die reformsozialistischen Versuche in der Tschechoslowakei (1968) unter Alexander Dubček oder die Streiks der Gewerkschaftsbewegung Solidarność in Polen der 1970er- und 1980er-Jahre dann mit Lech Wałęsa waren keine Aktionen mehr von Namenlosen. Das Führungspersonal allein war aber noch keine Erfolgsgarantie.

Eine weitere Lehre besagt, dass eine erfolgreiche Revolution nicht nur Zustimmung des internationalen Umfelds, sondern auch dessen Unterstützung

braucht. Das militärische Eingreifen der Sowjetunion war nur ein Grund für das Scheitern des 17. Juni. Er misslang auch deshalb, weil der Westen nicht aktiv einschreiten und Waffen liefern wollte, was von West-Berlin und den westlichen Sektoren durchaus möglich gewesen wäre, aber womöglich Krieg zwischen den einstigen Alliierten bedeutet hätte.

Lernen kann man vom 17. Juni ferner, dass revolutionäre Ereignisse unbeabsichtigte Eigendynamiken entwickeln: Entgegen ihrer Einheitsforderung trugen die aufbegehrenden Frauen und Männer durch Herausforderung und Provokation der sowjetischen Besatzungsmacht ungewollt zur Verstetigung der deutschen Teilung bei. Sie mussten lernen, dass ein führungsloser, unkoordinierter und gewaltsamer Aufstand gegen eine sowjetische Panzerübermacht letztlich chancenlos war.

Die revolutionären Veränderungen in der DDR im Jahre der 40. Wiederkehr der Staatsgründung führten im Oktober und November 1989 zur gewaltlosen Entmachtung der SED-Spitze sowie zur Umorientierung der nun als »Wendehälse« bezeichneten Politfunktionäre. Die Partei verlor mit der Kommunikation auch die Legitimation.

Zuletzt lehrt der 17. Juni, dass alle politischen Tabus einmal enden: Die



Desinformationspolitik der SED vom »Putschversuch faschistischer Provokateure« und von der »Konterrevolution« war der staatlichen Propaganda und offiziellen Geschichtsklitterung zum Trotz nicht glaubwürdig.

X. Die Langzeitfolgen ohne dauerhaften Nationalfeiertag

Der 17. Juni wurde in Folge zum Trauma der ostdeutschen kommunistischen Führung, der die Angst vor der eigenen Bevölkerung im Nacken saß. Dies blieb so trotz des Mauerbaus in Berlin am 13. August 1961, des »antifaschisti-

schen Schutzwalls«, der nicht nur Deutschland, sondern auch Mitteleuropa teilte und zum Stigma des Sozialismus wurde. Dieses Trauma blieb trotz der Allmacht des Überwachungsstaats im Staat, dem Ministerium für Staatssicherheit, der »Stasi«. Mit Blick auf den 9. November 1989 erscheint der 17. Juni – der einem Vorschlag Herbert Wehners (SPD) im Bundestag zufolge als »Tag der deutschen Einheit« bis 1990 als gesetzlicher Feiertag begangen worden war – gleichermaßen als vorrevolutionärer Aufstand.

Eine allzu lineare und retrospektive Deutung vom 17. Juni bis zum 9. Novem-

ber kann die mit Chruschtschow einsetzende Entstalinisierung (ab 1956), den Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR (1972), die KSZE-Schlussakte von Helsinki (1975) mit der Entspannungspolitik sowie die Reformen von Gorbatschow (Glasnost und Perestroika ab 1985) nicht unberücksichtigt lassen, die auf der langen Wegstrecke vom 17. Juni bis zum 9. November 1989 lagen.

Im ostdeutschen kollektiven Bewusstsein war die Erfahrung mit dem 17. Juni so verankert, dass darin ein Schlüssel zur Beantwortung der Frage gesehen werden kann, warum der Herbst 1989



friedlich und gewaltlos verlaufen ist. Umso befremdlicher und verwunderlicher ist es, dass unmittelbar nach der deutschen Einheit noch im Jahre 1990 der gesetzliche Feiertag des 17. Juni abgeschafft worden ist, der offenbar im Westen Deutschlands einen anderen Stellenwert hatte als im Osten und in gewisser Weise auch Ausdruck der geschichtspolitisch geteilten Nation war und immer noch ist. Die Abschaffung dieses Gedenktages war eine der merk-

würdigsten Begleiterscheinungen der deutschen Vereinigung, die aus Sicht dieser wertvollen vorrevolutionären Erfahrung von 1953 gerade im Sinne des eingangs zitierten Historikers Fritz Stern umso unverständlicher ist, weil er ein Datum deutscher, ja mitteleuropäischer Freiheitsbekundung war. Einmal mehr spiegelt sich auch darin wider, wie schwer sich diese Nation mit ihrer eigenen Geschichte tut, zeigt sie doch, wie sehr aus vermeintlichen Nieder-

lagen und schweren Rückschlägen dennoch der Stoff für Fortschritt und Gewinn für Demokratie und Freiheit gewonnen werden kann.

Ältere und neuere Literatur

17. Juni 1953 (Hefte zur ddr-geschichte, 7), Berlin 1993.

Baring, Arnulf: Der 17. Juni 1953, Stuttgart 1983.

Beier, Gerhard: Wir wollen freie Menschen sein. Der 17. Juni 1953. Bauleute gingen voran, Köln 1993.

Diedrich, Torsten: Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991.

Friedrich, Armin/Friedrich, Thomas (Hrsg.): »Es hat alles keinen Zweck, der Spitzbart muß weg.« Der 17. Juni 1953, Berlin 1992.

Fuckert, Walter: Der 17. Juni 1953 in den Leunawerken, Halle 1996.

Gehler, Michael/Steininger, Rolf: 17. Juni 1953. Der unterdrückte Volksaufstand. Seine Vor- und Nachgeschichte, Reinbek/Hamburg 2018.

Gehler, Michael: Ein Angebot für alle Fälle. Die Stalin-Note für ein neutrales und vereintes Deutschland 1952, in: *International* (2022), II, S. 23–27.

Görldt, Andrea: Rudolf Hernstadt und Wilhelm Zaisser. Ihre Konflikte in der SED-Führung im Kontext innerparteilicher Machtsicherung und sowjetischer Deutschlandpolitik, Frankfurt am Main u. a. 2002.

Hagen, Manfred: DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Stuttgart 1992.

Hagen, Manfred/Wendorf, Joachim: Film-, Foto- und Tonquellen zum 17. Juni 1953 in Berlin, Göttingen 1992.

Heitmann, Clemens/Schubert, Thomas (Hrsg.): Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Ursachen, Ereignis, Wirkung und Rezeption, Berlin 2013.

Karmrodt, Andreas: Der 17. Juni 1953 in Jena. Volk – Polizei – Partei, Erfurt 1997.

Kleßmann, Christoph/Stöver, Bernd (Hrsg.): 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln/Weimar/Wien 1999.

Knabe, Hubertus: 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand, München 2004.

Kowalczuk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953 – Geschichte eines Aufstands, München 2013.

Kowalczuk, Ilko-Sascha/Mitter, Armin/Wolle, Stefan (Hrsg.): Der Tag X – 17. Juni 1953. Die »innere Staatsgründung« der DDR als Ergebnis der Krise 1952/1954, Berlin 1995.

Krämer, Martin: Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und sein politisches Echo in der Bundesrepublik Deutschland, Bochum 1996.

Matkiewicz, Andrzej/Ruchniewicz, Krzysztof: Pierwszy znak solidarności. Polskie odgłosy powstania ludowego w NRD w 1953 r. [Das erste Zeichen der Solidarität. Polnische Reaktionen auf den Volksaufstand in der DDR im Jahr 1953], Wrocław 1998.

Matkiewicz, Andrzej/Kamiński, Lukasz/Ruchniewicz, Krzysztof: Opór społeczny w Europie Środkowo-Wschodniej w latach 1948–1953 na przykładzie Polski, NRD i Czechosłowacji [Gesellschaftlicher Widerstand in Mittel- und Osteuropa von 1948 bis 1953 am Beispiel von Polen, der DDR und der Tschechoslowakei], Wrocław 2004.

Matkiewicz, Andrzej/Ruchniewicz, Krzysztof: Das niederschlesische Echo des Juniaufstandes in der DDR von 1953, w: *Silesiographia. Stand und Perspektiven der historischen Schlesierforschung. Festschrift für Norbert Conrads zum 60. Geburts-*

tag, hrsg. von Matthias Weber und Carsten Rabe (Wissenschaftliche Schriften des Vereins für Geschichte Schlesiens, Bd. 4), Würzburg 1998, S. 463–477.

Matkiewicz, Andrzej/Ruchniewicz, Krzysztof: Das polnische Echo auf den Juni-Aufstand in der DDR im Jahre 1953, in: *1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa*, hrsg. von Christoph Kleßmann und Bernd Stöver, Köln – Weimar – Wien 1999, S. 181–197.

Matkiewicz, Andrzej/Ruchniewicz, Krzysztof: Polnische Reaktionen auf den Aufstand in der DDR. Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, Göttingen 2005, S. 134–145.

Mayer, Tilman (Hrsg.): Im »Wartesaal der Geschichte«. Der 17. Juni als Wegmarke der Freiheit und Einheit, Baden-Baden 2014.

Mählert, Ulrich (Hrsg.): Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit. Dietz, Bonn 2003.

Münkel, Daniela: Der 17. Juni 1953. Trauma, Erinnerung, Aufarbeitung, in: *Universitas* 70 (August 2023), Nr. 926, S. 4–25.

Ostermann, Christian F.: Uprising in East Germany 1953. The Cold War, The German Question, and The First Major Upeheaval Behind the Iron Curtain (National Security Archive Cold War Reader), Budapest/New York 2001.

Port, Andrew I.: Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland, Berlin 2007.

Richter, Eric: Der 17. Juni 1953. Hintergründe und Verlauf, München 2012.

Roth, Heidi/Fricke, Karl Wilhelm: Der 17. Juni 1953 in Sachsen, Köln 1999.

Ruchniewicz, Krzysztof (Hrsg.): Powstanie czerwcowe w NRD w 1953 roku na tle innych wystąpień antykomunistycznych w krajach Europy Środkowo-Wschodniej [Der Juni-Aufstand in der DDR 1953 vor dem Hintergrund anderer antikomunistischer Aufstände in mittel- und osteuropäischen Ländern] (Monografie Centrum Studiów Niemieckich i Europejskich im. Willy Brandta, 5), Wrocław 2003.

Schlothauer, Wolfram: Der 17. Juni 1953 in Thüringen, Gebesee 1995.

Schöne, Jens: Der Volksaufstand vom Juni 1953 in der DDR (Landeszentrale für politische Bildung Thüringen), Erfurt 2023.

Schöne, Jens: Volksaufstand: Der 17. Juni 1953 in Berlin und der DDR, Berlin 2013.

Schöne, Jens/Werkentin, Falco: 17. Juni 1953 – Orte und Ereignisse in Ost-Berlin. Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, 4. unveränderte Auflage, Berlin 2012.

Spittmann, Ilse/Fricke, Karl-Wilhelm (Hrsg.): 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1982.

Vollnhals, Clemens/Weber, Jürgen (Hrsg.): Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, München 2002.

Wettig, Gerhard: Der 17. Juni 1953 in sowjetischer Sicht. Fragestellung und Quellenlage, München 2007.

Wolle, Stefan: Der 17. Juni 1953, Erfurt 2013.

Zeitgeschichte(n) e. V. in Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Der 17. Juni 1953 in Halle – ein Tag der Zivilcourage, Halle 2001.

Vorstellung der Podiumsteilnehmer



Prof. Dr. Michael Gehler

Geboren 1962 in Innsbruck, ist er seit 2006 Leiter des Instituts für Geschichte und des Jean-Monnet-Chairs für vergleichende europäische Zeitgeschichte und Geschichte der europäischen Integration an der Stiftung Universität Hildesheim. Von 2013 bis 2017 fungierte er als Direktor des Instituts für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und ist seit 2021 auch Professor an der Andrassy Universität Budapest. Michael Gehler ist ausgewiesener Experte der Geschichte Mitteleuropas, speziell der europäischen Integration und der Revolutionen im 20. Jahrhundert.



Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz

Geboren 1967 in Wrocław, studierte er Geschichte in Wrocław, Saarbrücken und Marburg. Seit 1991 ist er Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Universität Wrocław und seit 2002 Gründungsdirektor des Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław (hier auch Lehrstuhlinhaber für Zeitgeschichte). Er ist ausgewiesener Experte der Geschichte Ost-Mitteleuropas, speziell für die deutsch-polnischen Beziehungen. 2023 erhielt er für seine Verdienste um die deutsch-polnische Verständigung den Viadrina-Preis der Europauniversität in Frankfurt/Oder.



Dr. Nancy Aris

Die 1970 geborene Historikerin, die den DDR-Unrechtsstaat in vielen ihrer Schriften zum Gegenstand gemacht hat, wirkte seit 2003 als stellvertretende Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Im Mai 2021 folgte sie nach ihrer Wahl durch den Sächsischen Landtag dem Schriftsteller Lutz Rathenow an die Spitze der Behörde, die Bürger, öffentliche Stellen, Medien und wissenschaftliche Einrichtungen in Fragen der differenzierten Aufarbeitung der SED-Diktatur berät.



Petr Brod

Geboren 1951 in Prag, emigrierte er 1969 mit seinen Eltern infolge der Niederschlagung des »Prager Frühlings« nach Deutschland. Nach Abschluss des Studiums der Politikwissenschaft, osteuropäischen Geschichte und Journalistik an der Ludwig-Maximilians-Universität München arbeitete er zunächst bei der BBC in London. Zwischen 1987 und 1993 war er Redakteur beim Radio Freies Europa. Anschließend schrieb er für die Süddeutsche Zeitung. In den Jahren 2000 – 2006 leitete er das Prager Büro der BBC. Seitdem ist er als freier Journalist tätig.



Dr. Thomas Arnold

Geboren 1988 in Zwickau, studierte er Theologie in Vallendar, Bonn und Madrid. Von 2012 bis 2016 war er als Referent für das katholische Hilfswerk missio in Aachen tätig, zuletzt als persönlicher Referent des Vorstands. Er promovierte zum Thema Jugendweihe und Flüchtlingsintegration und das Verhalten der katholischen Kirche in der DDR. Seit 2016 ist Thomas Arnold Direktor der Katholischen Akademie des Bistums Dresden-Meißen.



X. Langzeitfolgen ohne dauerhaften Nationalfeiertag



Helmut Wehner (SPD) und der Tag der deutschen Einheit



Podiumsdiskussion



Dr. Thomas Arnold (Moderation): Sehr verehrte Damen und Herren, ich freue mich, dass ich Sie heute Abend durch die Gesprächsrunde führen kann. Herr Dr. Rößler hat es schon angekündigt: mein Name ist Thomas Arnold, ich leite im normalen Leben die Katholische Akademie und am heutigen Abend die Diskussion. Im zweiten Teil der nächsten circa 60 Minuten sind Sie eingeladen mitzudiskutieren, Ihre Fragen und vielleicht auch eigene Erfahrungen einzubringen. Zunächst einmal zwei Dankeschön von meiner Seite: Herrn Professor Gehler für Ihren spannenden Vortrag. Ich habe mich wohl eingearbeitet ins Thema und trotzdem hatte ich immer wieder Wissensgewinne. Ein zweiter Dank gilt dem Präsidenten des Sächsischen Landtags. Denn es gibt viele Veranstaltungen am 17. Juni, aber eine solche Veranstaltung am Vorabend zu machen, das ist schon fast gut katholisch. Am Vorabend schon mal das Fest zu beginnen und damit eben schon über das Morgen nachzudenken.

Das ist am Ende auch ein bisschen das Ziel des heutigen Abends, inhaltlich die Perspektiven für das Morgen zu geben.

Jetzt will ich gar nicht versäumen, Ihnen unser heutiges Podium vorzustellen: Und wie sich das gehört, beginne ich natürlich bei Frau Dr. Nancy Aris. Sie ist Historikerin. Sie ist 1970 geboren. Schon seit 2003 leitet sie in Stellvertretung als Sächsische Landesbeauftragte die Aufarbeitung der SED-Diktatur hier bei uns im Freistaat Sachsen. Und seit 2021 ist sie als Nachfolgerin von Lutz Rathenow offiziell Sächsische Landesbeauftragte. Herzlich willkommen auch Ihnen heute Abend! Ich habe mir gedacht, bevor wir die Themenblöcke durchgehen, gern für jeden eine Aufwärmfrage: Sie haben den Vortrag von Herrn Gehler gehört. Sie kennen die Situation in Sachsen. Sie haben mehrere Publikationen dazu gemacht. Sie erleben Opfer, Betroffene der SED-Diktatur, Sie sprechen mit ihnen seit Jahrzehn

ten. Was ist denn Ihr Blick auf den 17. Juni 1953?

Dr. Nancy Aris: Ich habe nicht einen Blick, ich habe ja verschiedene Perspektiven. Also einerseits, weil wir als Institution Bildungsarbeit betreiben, ist es ein Thema für die Schulen. Was ist von dem Wissen da? Wie können wir das vermitteln? Wie können wir auch vielleicht diesen Freiheitsgedanken – damals ging es ja eher um eine nationale Freiheit, nicht um eine individuelle Freiheitsbewegung –, wie können wir das den jungen Leuten näherbringen? Das ist so eine Facette. Eine andere Facette sind die Betroffenen. Hier sitzt Hartmut Rüffert im Raum. Wir haben gemeinsam ein Projekt zu einem Menschen gemacht, der am 17. Juni 1953, also eigentlich am 18. Juni, erschossen wurde. Und wo im Prinzip bis heute die Aufarbeitung noch immer nicht klären konnte, was damals passiert ist. Derjenige, Eberhard von Cancrin, ist immer noch nicht rehabilitiert. Das ist für mich



ein Unding. Also mit solchen Fragen beschäftigen wir uns. Natürlich mit der Erinnerungskultur im Allgemeinen und der Frage, wie man das Wissen um den 17. Juni vermehren kann. Es gibt eine Umfrage, die hat die Bundesstiftung Aufarbeitung in Auftrag gegeben: Da weiß im Osten jeder Zweite etwas über den 17. Juni, was sehr viel ist. Im Westen sind es dann nur noch 40 Prozent. Aber in dem Alterssegment von 18 bis 29 Jahren weiß nur noch jeder Siebte etwas darüber. Wenn man dann mal genauer nachfragt, wird deutlich, dass die Strukturen ursächlich dafür sind. Wie soll eine Grundlagenbildung da sein, wenn in einem Schulbuch nur eine einzige Seite die Themen »17. Juni« und »Mauerbau« zusammen abhandelt? Und was noch viel schlimmer ist: Wir haben ja im Prinzip im universitären Bereich überhaupt keine Strukturen, also sprich: Wenn es keinen Lehrstuhl für DDR-Geschichte gibt, wenn es keinen Lehrstuhl für Kommunismus-Geschichte gibt, wo sollen denn die zukünftigen

Lehrer, die später in der Schule etwas darüber erzählen, ausgebildet werden? Also das ist ein ganz großes Thema, was mich beschäftigt, das aber erst einmal gar nicht so sehr nur mit dem 17. Juni zusammenhängt.

Dr. Thomas Arnold: Ich würde gerne noch einmal nachhaken, anknüpfend an den Vortrag von Herrn Gehler. Die jüngere Zeitgeschichte zieht immer mehr die »Oral History« hinzu – als eine Basis der Geschichte. Wenn Sie das abgleichen mit dem Faktenwissen, was wir ja unwahrscheinlich lebendig präsentiert bekommen haben, ist das auch das Narrativ, das sich die Bevölkerung vom 17. Juni erzählt?

Dr. Nancy Aris: Die Menschen, die noch substanziell vom 17. Juni erzählen können, die sind weitestgehend gestorben. Aber ich habe noch Menschen kennengelernt und als Zeitzegen erlebt, die da auch eine Rolle gespielt haben, wie zum Beispiel Günther Assmann, der in

Görlitz an der Gefangenenbefreiung teilgenommen hat. Er hat das als sehr spontane Aktion beschrieben. Von vielen kenne ich den 17. Juni erst einmal als diesen total fröhlichen Freiheitsmoment, diesen Moment der Selbstbefreiung, dieses Unkoordinierte. Die retrospektive Sinnstiftung, die wir dem Ganzen immer geben wollen, also, dass man ganz genau wusste, was folgt – man hat frühmorgens vom Streik gehört, eine Stunde später sind die Demonstranten mit einem Transparent da, eine Stunde später ist schon der Forderungskatalog da, dann wurde die Bürgerwehr gegründet... Diese Kausalität – die gibt es so nicht. Da ist ganz viel parallel gelaufen. Und das ist glaube ich auch das Interessante dieser Erzählung, weil man da sehr unterschiedliche Eindrücke davon bekommt, was die Menschen angetrieben hat. Viele waren zufällig dabei. Viel lief über Mund-zu-Mund-Propaganda, und die Leute sind schlicht und ergreifend einfach auf die Straße gegangen, weil sie gemerkt haben: »Oh, da passiert



etwas. Gucken wir mal, was da passiert.« Und deswegen waren innerhalb kürzester Zeit einfach auch so viele Leute vor Ort.

Dr. Thomas Arnold: Sie merken schon, Frau Aris hat was zu sagen. Wir kommen gleich nochmal auf das Jahr 1953 ausführlicher zu sprechen. Ich würde Sie gern, lieber Herr Brod, als Nächstes vorstellen. Sie sind 1951 in Prag geboren. Ich vermute, Sie haben nicht persönlich Erinnerungen an 1953, aber Sie haben den »Prager Frühling« miterlebt. Und eben dann auch die Konsequenzen gezogen, weil Sie 1969 mit Ihren Eltern die Tschechoslowakei verlassen haben. Sie haben an der Ludwig-Maximilians-Universität München Politikwissenschaft, Osteuropäische Geschichte und Journalistik studiert. Sie haben bei der BBC gearbeitet und beim Radio Freies Europa. Später waren Sie Redakteur der Süddeutschen Zeitung. Und von 2000 bis 2006 haben Sie das Prager Büro der BBC geleitet. Wenn man auf

Ihre Biografie schaut, dann merkt man ganz deutlich: Sie sind ein Wanderer zwischen den Welten. Aber auf welche Weise ist Ihnen denn persönlich dieser 17. Juni begegnet?

Petr Brod: Er ist mir vor allem nach meiner Übersiedlung nach Bayern begegnet. Denn im tschechoslowakischen Geschichtsnarrativ über Mitteleuropa spielte er in den 1960er-Jahren keine große Rolle. Man erinnerte sich zwar daran, aber diese Erinnerung war überlagert vor allem von den Ereignissen in Ungarn 1956. Dass diese Erinnerung sehr stark und gefühlsbestimmend war, kann ich aus persönlicher Erfahrung ebenfalls bestätigen. Wir saßen im Mai 1968 mit meinen Eltern zu Hause und mit dabei war mein Cousin Toman Brod, ein Historiker, der seit 1948/49 Mitglied der Kommunistischen Partei war. Er war lange so linientreu, dass wir in den 1950er-Jahren kaum familiäre Beziehungen mit ihm unterhielten. Aber er wurde dann langsam Ende der

1950er-Jahre milder. Er wurde ein Reformkommunist, der meinte, das stalinistische Regime in der Tschechoslowakei sei zum Scheitern verurteilt, aber sein Scheitern würde die Zentrale der kommunistischen Weltbewegung in Moskau nicht zulassen. Und ich saß da also mit meinen 16 Jahren, begeistert von dem, was ich 1968 um mich herum beobachten konnte. Zum ersten Mal gab es freie Diskussionen in der Presse. Wir konnten im Sommer 1968 weitgehend frei in den Westen reisen und unsere Freunde und Verwandte besuchen. Das alles war für einen Teenager wie mich natürlich sehr aufregend. Und so sprachen wir im familiären Kreis, und ich war begeistert und gab meiner Begeisterung Ausdruck und sagte: »Das ist wunderbar. Von nun an werden wir ein anderes Leben führen.« Und meine Eltern saßen da mit gedrückter Miene und sagten: »Aber weißt du, das wird so wie in Ungarn enden. Das lassen die Russen nicht zu.« Und ich entgegnete ihnen: »Aber einen Eingriff der Russen lässt



die öffentliche Weltmeinung nicht zu. Das geht heutzutage nicht. Wir leben in einer anderen Welt.« Und mein kommunistischer Cousin Toman sagte: »Warte nur, die Sowjets werden es dir zeigen.« Das war drei Monate vor dem Einmarsch der Sowjets in die Tschechoslowakei. Also, das ist die zentrale Erinnerung, dass der noch drastischere Eingriff der Sowjets in Ungarn 1956 eigentlich die Erinnerung an den Mut und an den Aufstand in der DDR zurückgedrängt hatte.

Dr. Thomas Arnold: Vielen Dank für diesen ersten Einblick. Last but not least, Professor Dr. Krzysztof Ruchniewicz. Er ist 1967 in Breslau geboren. Sie haben in Saarbrücken, Marburg und eben Wrocław Geschichte studiert und leiten seit 2009 als Direktor das Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland und Europastudien der Breslauer Universität. Sie gelten als ausgewiesener Experte für deutsch-polnische Beziehungen. Wir hatten schon mal das Vergnügen

vor fünf Jahren, ich habe eben nochmal nachgerechnet. Heute sind Sie hier in Dresden. Sie blicken natürlich auch aus Polen auf diese deutsche Historie eines Gedenktags. Wir begehen morgen den 70. Jahrestag. Wie ist Ihre Bewertung? Wie geht Deutschland, wie geht dieses Volk, wie geht dieses Land mit diesem Gedenken um?

Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz: Zunächst vielen Dank für diese freundliche Einführung. Bevor ich auf Ihre Frage zurückkomme: Lassen Sie mich ganz kurz etwas zu dem sagen, was wir im Vortrag von Herr Kollegen Gehler gehört haben. Es hat mich sehr gefreut, denn das, was Sie zu Polen gesagt haben und wie jetzt auch in Polen auf diesen Umstand reagiert worden ist, das haben wir schon in den 1990er-Jahren erarbeitet. Und das war in der Tat für mich und meine Kollegen eine Überraschung. Es war in den 1980er-Jahren, während meines Geschichtsstudiums, da sind mir Broschüren aus dem Samisdat in

die Hände gefallen, in denen ich zum ersten Mal über den Volksaufstand in der DDR las. Es hieß damals nicht der Volksaufstand, sondern »Berliner Aufstand« beziehungsweise der »17. Juni«. Und zunächst war für mich überraschend, dass es einen Aufstand gegeben hat, auch in der DDR, von dem wir praktisch nichts wussten. Und dann konnte man anhand von diesen Broschüren sehen, dass auch dieser Aufstand Folgen hatte, literarische Folgen. Das heißt, er wurde literarisch verarbeitet. Das bekannteste Gedicht von Bertolt Brecht ist damals auch ins Polnische übertragen worden. Das war für uns wirklich von großer Bedeutung.

Nach 1989 habe ich mich zunächst wenig mit dem Aufstand beschäftigt. Aber durch Zufall ist dann Andrzej Malkiewicz, ein Kollege von mir, im Staatsarchiv auf die Tagesberichte des polnischen Sicherheitsdienstes gestoßen. In den Berichten ging es um die Stimmung in der polnischen Bevölkerung im Juni/Juli 1953.



Und das war mehr oder weniger der Ausgangspunkt auch für unsere Beschäftigung mit der Thematik, weil wir diesen Aufstand zunächst als DDR-Angelegenheit gesehen haben, beziehungsweise als eine innerdeutsche Angelegenheit. Und so ist es auch in der bundesdeutschen Geschichtsschreibung immer wieder dargestellt worden. Was wir hingegen in den Akten nach und nach sehen konnten: Diesen Aufstand kann man von der Situation im Ostblock nicht getrennt betrachten. Das heißt, es war nicht nur ein Aufstand in der DDR, sondern auch gleichzeitig ein Aufstand im Ostblock. Entsprechend setzten wir unsere Arbeit fort. Wir haben dann andere Materialien einbezogen, anhand deren wir zu dem Schluss gekommen sind, dass man, nicht wie das damals im inzwischen vereinigten Deutschland gängig war, diese Beziehungen getrennt sieht von der Situation im Ostblock, sondern dass man das als Teil der Entwicklung im Ostblock sehen muss – was ich wirklich

sehr begrüße. Das war der Ausgangspunkt für unsere Arbeiten zur Thematik, die wir später auch veröffentlicht haben. Es war interessant zu beobachten, auch bei den Tagungen in Deutschland damals Mitte der 1990er-Jahre, wo die Unterschiede lagen. Zum Beispiel die Kollegen vom Institut für Zeitgeschichte in München bestanden nach wie vor darauf, dass das nur DDR-Ereignisse waren, beschränkt auf Berlin und nichts mehr. Hingegen hat das neue Institut für Zeitgeschichtliche Forschung in Potsdam diesen Blick auf Osteuropa erweitert.

Wenn Sie mir erlauben, dann komme ich jetzt auf Ihre Frage zurück. Vor zwei Tagen haben wir eine kleine Tagung zum Thema »17. Juni und die Folgen« veranstaltet. Wir machen das alle 10 Jahre. Das ist die einzige Tagung, die in Polen zu dem Thema stattgefunden hat und stattfinden wird. Ich weiß nicht, ob andere Kollegen aus anderen Städten überhaupt an dieses Datum beziehungsweise an die Ereignisse

erinnern wollen. Was war uns bei dieser Tagung wichtig? Was haben wir angesprochen? Wir haben versucht, zunächst die Kollegen vom Institut des Nationalen Gedenkens zu fragen, ob seit den 1990er-Jahren neue Erkenntnisse hinzugekommen sind. Ob man das, was wir damals untersucht haben, nach wie vor bestätigen kann. Und es wurde im Großen und Ganzen bestätigt. Aber, und das ist eine kleine Erweiterung, es kam damals in der polnischen Bevölkerung auch zu Solidaritätsbekundungen. Sie müssen sich vorstellen, acht Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kam es in der polnischen Bevölkerung, zum Beispiel in Oberschlesien, zu Solidaritätsbekundungen. Es wurde Geld gesammelt für die DDR-Aufständischen. Also das konnte man sich unter den damaligen Verhältnissen nicht vorstellen, dass das überhaupt möglich ist. Und ein Kollege, Marek Zybura, hat sogar eine These aufgestellt: Vielleicht, wenn wir über die deutsch-polnische Annäherung



sprechen wollen, dann sollten wir sogar im Jahre 1953 ansetzen. Was in der Bevölkerung stattgefunden hat, das ist auch nicht zu vergessen. Das findet man tatsächlich in den polnischen Akten. Trotz der negativen Einstellung, so wurde doch der Wunsch nach Freiheit damals von vielen Polen in der Tat geteilt.

Vielleicht noch ein paar Worte zu den Spätfolgen. Im Dezember 1980 verlangte Erich Honecker auf dem Moskauer Ostblockgipfel noch die Intervention in Polen zur Niederschlagung der Solidarność. Das ist das, was Sie mit dem Trauma angesprochen haben. Das heißt, seit 1953 lebten die DDR-Funktionäre tatsächlich in Angst beziehungsweise haben sie damals ihr Gesicht verloren. Ihre Macht ist nur durch die Sowjets gerettet worden. Jedoch wollten sie gegenüber den anderen Staaten mehr oder weniger auf Augenhöhe sein. Und so ist es auch zu erklären, dass im Dezember 1980 Honecker tatsächlich darauf bestanden hat, dass

die Sowjets in Polen intervenieren. Und wenn man die Berichte der Mitglieder der Nationalen Volksarmee einbezieht, dann gab es an der DDR-Grenze zu Polen damals militärische Übungen. Also das heißt, die Gefahr bestand 1980/81 tatsächlich, dass die NVA nach Polen einmarschiert. Also insofern möchte ich das als eine Spätfolge des Aufstandes nennen. Das heißt, man wollte auf gleicher Augenhöhe sein und mit dem Trauma, nur durch die Sowjets gerettet worden zu sein, versuchen, auch entsprechend gegenüber Polen zu agieren.

In Polen spielt die Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 keine Rolle. Das wird nicht mal, das wird Sie vielleicht ein bisschen verwundern, in dem deutsch-polnischen Geschichtsschulbuch thematisiert. Der vierte Band liegt inzwischen vor. Er behandelt das 20. Jahrhundert und Sie finden in diesem deutsch-polnischen Geschichtsschulbuch kein Wort über den Volksaufstand in der DDR. Also was ich mir gewünscht

hätte, und deswegen danke ich auch dem Präsidenten Dr. Rößler, dass er uns eingeladen hat, um über diesen Aufstand im größeren Rahmen zu sprechen, was ich mir gewünscht hätte ist, dass zum Beispiel der Widerstand im Zweiten Weltkrieg im Europakontext dargestellt wird, dass man zum Beispiel auch die Ereignisse in Ost- und Mitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, dass auch die Aufstände, von denen wir gehört haben, als eine gemeinsame Erfahrung dargestellt werden. Nur so kann man, glaube ich, heute die Jugendlichen für das Thema gewinnen. Wenn ich in der Meinungsumfrage zum 70. Jahrestag des Volksaufstands lese, dass in Deutschland unter den 14- bis 29-Jährigen 69 Prozent nichts über den Volksaufstand in der DDR wissen, dann muss ich ehrlich sagen, sind die Bemühungen derjenigen, die sich in den letzten Jahren sehr dafür eingesetzt haben, nicht nur die Ereignisse zu präsentieren, sondern sie auch in den Kontext zu rücken, leider gescheitert. Da müssen



wir wahrscheinlich ernsthaft überlegen, wo wir Fehler gemacht haben. Denn das ist für mich verheerend, dass wir uns 30 Jahre nach 1989 an diese Ereignisse nicht mehr erinnern können.

Dr. Thomas Arnold: Sie sehen schon, meine Damen und Herren, wir haben drei große Blöcke, die wir jetzt aufmachen könnten. Wir könnten über den 17. Juni 1953 sprechen. Wir könnten über Mitteleuropa und die Konsequenzen für die anderen Volksaufstände sprechen. Und wir können über das Erinnerungsverhalten in Europa sprechen. Ich würde gern eine Frage an Herrn Gehler richten, die Herr Ruchniewicz aufgeworfen hat, vielleicht als verbindendes Element: Können Sie mehr sagen zu diesen Solidaritätsaktionen zwischen Polen, Tschechien und anderen osteuropäischen Ländern der DDR?

Prof. Dr. Michael Gehler: Hierbei erscheint wichtig, was sich an den Universitäten in diesen Jahren in Mitteleuropa ereignet

hat. Die Frage lautet: Wie stand es um die Studenten, die in der Geschichte immer wieder eine Vorhut gebildet haben und mit ihrem Verhalten Indikator-Funktion hatten, indem sie gesellschaftliche und politische Änderungen vorwegnahmen, also antizipierten.

Nehmen wir Ungarn im Zuge des Volksaufstands in Budapest und in Teilen des Landes als Beispiel. Es war ja so, dass es in Ungarn zwei Aufstände gab und zwei sowjetische Militärinterventionen folgten – eine wie in der DDR am 17. Juni hat dort nicht mehr ausgereicht. Seit dem Sommer 1956 gab es schon Verbindungen zwischen Studenten in Warschau und in Budapest. Vielleicht kann das der polnische Kollege bestätigen oder falsifizieren. Meines Wissens nach gab es im Herbst 1956 zum Beispiel Studenten an der Technischen Universität in Budapest, die in Verbindung mit ihren polnischen Kommilitonen standen und sich austauschten. Es erfolgten vor und nach dem Herbst in Ungarn wechselseitige Solidaritäts

bekundungen von ungarischen Studenten im Zusammenhang mit den revolutionären Ereignissen und Unruhen in Polen im Sommer 1956 und dann umgekehrt. Das erscheint als ein spannendes Forschungsfeld.

Es gab Querverbindungen, dokumentiert in der erwähnten Ungarn-Edition »Von der Volksrepublik zum Volksaufstand«. Niemand konnte sich sicher sein, ob es nach dem 17. Juni möglicherweise nicht auch zu einer sowjetischen Militärintervention in Polen kommen würde, aber wie die Geschichte gelehrt hat: Polen ist ein eigener Fall, denn Moskau hat letztlich nicht gewagt, in dieses große Land militärisch einzurücken. Die sowjetische Armee hat nach 1945 nie eine Intervention in Polen unternommen. Es gab auch sich solidarisierende Studenten an der Universität in Klausenburg, wo Ungarisch gelehrt und Ungarisch gesprochen wird. Sie solidarisierten sich mit den Aufständischen in Ungarn im Herbst 1956. Meine Empfeh



lung wäre es, für weitere Forschungen sich nicht nur die Rolle von Dissidenten anzuschauen, sondern auch die innere Opposition, vor allem Professoren und Studenten sowie ihre Organisationen, die ihre Chance sahen, mehr Freiheit und Mitbestimmung nicht nur an den Hochschulen zu erlangen. Das kann ich auf Ihre konkrete Frage einbringen. Inwieweit die Vorgänge in der ČSR auf den 17. Juni einwirkten, wäre meines Erachtens noch genauer zu erforschen.

Dr. Thomas Arnold: Frau Dr. Aris, wenn Sie noch mal auf den 17. Juni 1953 schauen. Wir haben natürlich immer die Bilder vor Augen, wie Menschen vor Panzern stehen. Wer ist denn am Ende auf die Straßen gegangen neben denen, die sich, wie Sie vorhin sagten, haben mitziehen lassen und die gesagt haben: »Wir gucken mal«?

Dr. Nancy Aris: Das war ein Querschnitt der Gesellschaft. Also ich würde nicht sagen, dass es ein Arbeiteraufstand

war. Schauen wir auf die Beteiligten in Görlitz. Die Stadt ist für mich wie ein Brennglas. Da ist ein Rechtsanwalt, der Besitzer eines Radiogeschäfts, ein Sportlehrer, die alle gemeinsam demonstrierten und sich aktiv am Umsturz beteiligten. Es waren Frauen, junge Leute dabei. Es ging ja darum, dass die Menschen das erste Mal das Gefühl hatten, nach acht Jahren mal wieder frei reden zu können. Ich würde das gar nicht einteilen wollen, dass da eine bestimmte Gruppe maßgeblich war oder dass das ein studentischer Aufstand war. Das ist auch in den einzelnen Orten der DDR sehr unterschiedlich gelaufen. In Görlitz war das sehr organisiert. In Leipzig zum Beispiel gab es sehr viele verschiedene Streikzentren, jedoch komplett führerlos. Da passierte in der einen Ecke das, in der anderen Ecke das.

Wir kondensieren, wenn wir darüber sprechen, alle Ereignisse auf diesen 17. Juni, aber es ist schon lange vorher etwas passiert, und auch danach pas-

sierte noch viel. Eigentlich fängt der 17. Juni bereits am 12. Juni an, nämlich in Brandenburg an der Havel, wo sich neun Leute vor das Gefängnis stellen und Kurt Taege, einen Fuhrunternehmer, befreien wollen. Und aus diesen neun Leuten werden innerhalb von einer Stunde 5 000 Menschen, die dann dort wirklich diesen Fuhrunternehmer aus dem Gefängnis rausholen und ihn auf den Schultern durch die Stadt tragen. Oder nehmen Sie das Erzgebirge. Man sagt ja, im Erzgebirge sei am 17. Juni nichts passiert. Das stimmt, da ist wenig passiert, aber nur, weil vorher etwas passiert war. Schon am 15. Juni gab es in Johanngeorgenstadt eine große Demonstration, wo die Menschen sich gegen Zwangsumsiedlungen im Zuge der Wismut-Erschließung wehren wollten. Und dort hatte die Staatsmacht zusammen mit der Wismut-Polizei und anderen Ordnungskräften im Prinzip schon gut erprobt, wie sie die Menschen von der Straße holen. Deswegen waren sie am 17. Juni sehr gut vorbereitet und



konnten eingreifen. Doch genau deshalb ist der Schluss, dass da nichts passiert wäre, eigentlich ein Fehlschluss.

Deswegen ist es manchmal ein bisschen kompliziert, wenn wir mit unserem doch relativ vereinfachenden retrospektiven Blick immer versuchen, die Dinge einfach und schnell zu erklären. Aber der 17. Juni ist ziemlich komplex und lässt sich gar nicht so leicht erklären. Zum Beispiel stört es mich manchmal, wenn die Schilderungen der Ereignisse immer in diese Floskel mündet: »Durch sowjetische Panzer blutig beendet.« Wenn man dazu Augenzeugenberichte hört, etwa zu Halle oder zu Berlin, dann sind die Panzer ziemlich langsam gefahren. In Halle war das eigentlich wie so ein Abgesang. Da sind die Panzer langsam gefahren und die Leute haben an der Seite gestanden und haben das Deutschlandlied gesungen. Daneben gibt es auch Bilder, wo Demonstranten auf den Panzern stehen. Auch wenn wir

uns die Toten des 17. Juni ansehen. Die meisten der 55 Toten, das habe ich mir gestern wirklich noch einmal genau angeguckt, die allermeisten Toten sind von deutschen Volkspolizisten erschossen oder von Querschlägern getroffen worden. Wir haben auch Menschen, die völlig zufällig starben, wie Elisabeth Bröcker in Leipzig. Sie wollte nur einkaufen gehen und wurde vor dem HO-Kaufhaus in der Peterstraße von einem Querschläger getroffen. Also das haben wir auch. Nicht, dass Sie mich falsch verstehen, jeder Tote ist ein Toter zu viel. Aber wenn man das mit dem Ungarnaufstand vergleicht – 2 500 Tote, 300 Hinrichtungen. Das war eine ganz andere Gewalterfahrung.

Vielleicht ist der 17. Juni in der DDR als Blaupause gerade deshalb wichtig. Natürlich wollte die Sowjetunion Macht demonstrieren, aber aus meiner Sicht hat sie doch die Macht relativ moderat demonstriert. Weil sie einfach Panzer hat fahren lassen. In Berlin sind 600

T-34-Panzer gefahren und in Stellung gebracht worden. Das ist mörderlaut und man spürt es. Wir haben solche Zeitzeugenberichte auch aus Leipzig, wo plötzlich die Leute, die die Panzer noch gar nicht gehört haben, merkten, dass der Boden vibriert. Die Menschen bekamen plötzlich totale Angst. Da brauchte gar kein Panzer zu schießen. Das ist einfach diese Präsenz, die Erfahrung der Ohnmacht, die schon ausgereicht hat, um dem Aufstand ein Ende zu setzen. Oder nehmen Sie die erwähnten drei standrechtlichen Erschießungen. Die wurden demonstrativ plakatiert und erzielten so Wirkung. Wir sollten also immer genau hinschauen.

Prof. Dr. Michael Gehler: Ich kann diese Befunde nur bestätigen. Mir ist durch die Einsichtnahme in Berichte des britischen Stadtkommandanten in Berlin erst diese Frage zum 17. Juni bewusst geworden. Im Jahr 1992 konnte ich zum ersten Mal in London im Public Record Office (heute United Kingdom National



Archives) Einblick in diese Berichte nehmen. Charles Coleman, Stadtkommandant für den britischen Sektor in Berlin, berichtete genau das, was eben gesagt wurde: Die sowjetischen Panzer fahren – den ihm zugänglichen Informationen nach – relativ behutsam vor und sind zunächst nicht auf Feuer geben eingestellt. Es wird berichtet, wie die Fahrer sogar teilweise ihre Panzer stehen lassen, aus den Luken schauen und den sich ansammelnden und sich den Panzern nähernden Leuten zuwinken, wie diese sich den Fahrern teilweise auch nicht ablehnend, sondern abwartend und nicht unfreundlich gegenüber verhalten.

Was die Komplexität des 17. Juni angeht, darf ich auf den amerikanischen Historiker Andrew Port hinweisen. Er hat ein Buch zum Thema des Aufstands geschrieben, wo er nicht stattfand – und zwar in Saalfeld in Thüringen. Port weist nach, dass die örtlichen SED-Funktionäre und Verwaltungsorgane

längst schon den neuen Kurs in der moderaten Form übernommen und die Arbeitsnormen nicht erhöht hatten. Sie hatten diese unsinnige Anordnung nicht durchgeführt. In Saalfeld gab es daher praktisch keinen 17. Juni. Auch diesen Befund sollte man im Sinne der Komplexität des Geschehens mit einbeziehen. Die Fragen lauten also: Wie verhielt es sich in den jeweiligen lokalen Konstellationen? Welche bisher namenlosen und unbekanntenen Personen haben dort eine Rolle gespielt? Möglicherweise eben auch nicht aufrührerisch, sondern abmildernd, dämpfend und deeskalierend? Die Komplexität der Ereignisse wird meines Erachtens erst durch eine flächendeckende Lokal- und Regionalgeschichtsforschung sichtbar, wie sie schon in Ostdeutschland seit geraumer Zeit intensiv betrieben wird. Durch aufwendige Mikrostudien für die einzelnen ostdeutschen Länder und ehemaligen SED-Bezirke wurde bereits ein genaueres und wird auch noch ein facettenreicheres Bild gezeichnet.

Lassen Sie mich noch einen Punkt nennen, den Herr Rößler in seiner Einführungsansprache erwähnt hat: War die DDR in mitteleuropäischer Perspektive ein Sonderfall? In gewisser Weise ist diese Frage zu bejahen, denn die Wahrnehmung der Deutschen in Europa und der Welt war 1953 noch eine ganz andere als heute. Es waren – aus Sicht der Alliierten jedenfalls – im Wesentlichen die vormaligen Kriegsgegner und dies vor nicht allzu langer Zeit, das heißt ihre Feinde und dies eben vor nur wenigen Jahren. Dieser interalliierte Konsens, von dem ich im Vortrag auch gesprochen habe, kommt in den Berichten der westlichen Hochkommissare zum Ausdruck, zumal wenn man sich die spätere Aussage vor Augen führt, als NATO-Generalsekretär Lord Lionel Hastings Ismay auf die Frage, was Sinn und Zweck der NATO sei, intern antwortet: »To keep the Russians out, to keep us in and to keep the Germans down.« Mit »us« waren Angloamerikaner beziehungsweise die Westmächte gemeint. In der Forschung



wurde das als »triple containment« bezeichnet, also die dreifache Eindämmung – eben auch der Deutschen als Gefahrenpotenziale. Das Machiavelistische an diesem 17. Juni besteht darin, dass die Westmächte das »to keep the Germans down« durch die Sowjets besorgen ließen. Das ist eine der bitteren Wahrheiten des 17. Juni und Ausdruck der Doppelbödigkeit und des Zynismus alliierter Deutschlandpolitik.

Dennoch war der Volksaufstand eine Blaupause für nachfolgende Erhebungen in Mitteleuropa. Man hat durch den 17. Juni gesehen, was möglich ist, das heißt es kann dieses sozialistische Einparteiens- und Herrschaftssystem für einige wenn auch nur Momente, einige Stunden oder gar Tage, in Frage gestellt werden. In Ungarn waren es bereits Wochen und in der Tschechoslowakei war der Reformsozialismus, der »Prager Frühling«, schon eine monatelange Entwicklung. Insofern war der 17. Juni als Ausgangspunkt auch ein ermunterndes

Beispiel, an dem sich andere unterdrückte Nationen und Völker hinter dem »Eisernen Vorhang« orientieren konnten. Für den Westen kam der Aufstand völlig überraschend. Die Explosivität und Spontaneität wurden unterschätzt, das heißt dass dieses SED-System auf so wackeligen Füßen stand und es möglicherweise schnell zu Fall kommen konnte. Ich stimme Herrn Rößler zu und teile auch die These von Klaus Schröder: Wenn die Sowjets letztlich nicht mit Panzern eingegriffen hätten, wäre diese SED-Diktatur fällig gewesen. Es wäre wahrscheinlich so gekommen wie in Ungarn, als Geheim- und Staatspolizisten gelyncht worden sind. Nicht ohne Grund mussten Ulbricht und Genossen am 17. Juni unter sowjetischem Schutz in Sicherheit gebracht werden.

Dr. Thomas Arnold: Also wenn ich das nochmal höre, was Sie gerade sagten im Vortrag und das, was Sie uns jetzt berichteten, dann muss man doch

eher sagen: Die Sowjetunion hat die Abschreckung besorgt am 17. Juni, ab dem 18. Juni hat die SED umgesetzt.

Prof. Dr. Michael Gehler: Im Zuge des 17. Juni wird das Ulbricht-Regime praktisch gerettet und wieder etabliert. Ich habe das ja einführend gesagt. Es folgt dann sehr rasch die Abrechnung mit Zaisser, Herrstadt und Fechner.

Dr. Thomas Arnold: Und sie haben es auch relativ schnell wieder stabilisiert.

Prof. Dr. Michael Gehler: Die Arbeitsniederlegungen beziehungsweise -verweigerungen hielten noch an. Ich habe im Vortrag darauf hingewiesen, dass im Buna-Werk in Schkopau im Juli noch Streikbewegungen im Gange waren. Wenn Sie die britischen Berichte vom westlichen Hochkommissariat auf der Wahner Heide bei Köln lesen, war man dort auch durch Berichte aus Ostdeutschland nach dem 17. Juni recht gut informiert. Es sind von britischer



Seite Erkundungsfahrten ins Innere der DDR unternommen worden, wobei man sich informiert hat, wie die Stimmung unter den Arbeitern dort ist. Von einer allzu raschen Etablierung oder Konsolidierung der SED-Herrschaft würde ich im Juni noch nicht sprechen, denn die politisch unsichere Lage hielt für die Partei an und schien auch erst allmählich im Laufe des August einigermaßen geklärt.

Dr. Nancy Aris: Man hat ja auch sehr viele Menschen wieder entlassen. Das muss man auch dazu sagen. 1800 Inhaftierte hört sich viel an und ist ja auch viel, aber wenn man zuvor 15 000 Menschen verhaftet hat, dann relativiert sich das etwas. Zumal, wenn man den Großteil relativ schnell freilässt, weil natürlich die SED die große Sorge hatte, dass es neuen Unmut nach sich zieht. Es war ja auch ein Thema in den Betrieben. »Gebt unsere Mitarbeiter wieder frei!«, wurde da lautstark gefordert. Und es war ja auch der Grund für die

Aufstandswelle, die dann noch mal im Juli losrollte, weil so viele Menschen verhaftet wurden. Da gab es schon eine Abwägung, wie viel können wir hier wirklich festsetzen?

Petr Brod: Ich muss jetzt vorsichtig formulieren, weil mir eine wichtige These im Sinn steht. Sie geht auch darauf zurück, was bisher über die relative Zurückhaltung der Sowjetunion im Falle des Juni 1953 gesagt worden ist. Später die relative Zurückhaltung der Sowjets gegenüber Polen zum Beispiel, wo sie nie direkt eingegriffen haben. Trotz der großen Herausforderungen, die aus Polen für den Fortbestand des Sowjetblocks kamen. Zwei Aspekte sind noch nicht direkt erwähnt worden, obwohl sie, glaube ich, zwischen den Zeilen stehen. Das sind zum einen Atomwaffen, das ist zum anderen der Kalte Krieg. Die frühen 1950er-Jahre waren der erste Höhepunkt des Kalten Krieges. Und alles, was die Mächte, die damals über Deutschland entschieden, taten und

alles, was diese Mächte auch heute tun, etwa mit Blick auf den Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine, geschieht unter dem Diktat der Vorsicht und der Vermeidung eines atomaren Konflikts. Es ist wichtig, immer diesen Zusammenhang zu bedenken.

Eine große Ausnahme ist die zweite Hälfte der 1980er-Jahre, wo es tatsächlich zu einer Détente kam, die auch auf der östlichen Seite eine relativ feste Grundlage hatte. Da waren Leute im Moskauer Politbüro wie Michail Gorbatschow, wie Alexander Jakowlew, wie Eduard Schewardnadse, die ganz anders dachten als die vorangehenden Generationen der sowjetischen Führung. Und die meiner Meinung nach tatsächlich zu einem Ausgleich mit den Westmächten kommen wollten. Die aber im Endeffekt scheiterten, was wir jetzt sehen. Denn die Russische Föderation ist zu dem aggressiven Stil der stalinistischen Sowjetunion zurückgekehrt. Und wenn Professor Gehler von



einer unheiligen Allianz des Westens mit der Sowjetunion im Zusammenhang mit 1953 spricht, dann könnte man das überspitzt auch auf die heutige Lage übertragen. Denn wir sehen, dass der Westen nichts machen wird, was die roten Linien der Russischen Föderation überschreiten würde, so wie er sie interpretiert. Und er kann sie im Moment noch nicht ganz genau interpretieren. Denn wir wissen wirklich nicht, was Russland, was Moskau in der Ukraine beabsichtigt. Wo die roten Linien, von denen Putin spricht, wirklich liegen. Aber der Westen kann nichts tun, solange es auf beiden Seiten Nuklearwaffen gibt, um keine atomare Reaktion oder Aktion Russlands herbeizuführen. Das müssen wir immer bedenken.

Dr. Thomas Arnold: Vielen Dank dafür.

Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz:

Ich sehe das ein bisschen anders. Ich weiß nicht, ob die atomare Bedrohung

1953 tatsächlich eine Rolle gespielt hat. Denn wir haben es nach wie vor, das sehen wir zum Beispiel in Polen und in Ungarn, mit konventionellen Waffen zu tun. Das ist wirklich auffallend. Ich würde vielleicht auf etwas anderes hinweisen. Ich möchte jetzt damit aber wirklich keine große Debatte auslösen. Aber als eine Folge des Aufstands kommt es zur Wirtschaftsstabilisierung in der DDR, weil die Sowjetunion die Reparationen zurückstellt. Und Polen verzichtet im Anschluss daran auf Reparationen aus Deutschland. Das muss man auch sehen in diesen Kategorien. Das heißt, ein paar Wochen später, nach der Niederschlagung des Aufstands, kommt es tatsächlich zur Stabilisierung der Wirtschaftssituation in der DDR.

Was die weiteren Folgen anbetrifft, da sehe ich auch einen Zusammenhang. Während des Posener Aufstands 1956 meldet sich die DDR und schlägt der polnischen Seite vor, über zwei- oder

dreitausend Gummischläger zu liefern, zur Niederschlagung des Aufstands. Also das ist auch die andere »Bruderhilfe«, die aus der DDR kommen sollte. Das heißt, dass man nun versucht, diesen Arbeiteraufstand in Posen niederzuschlagen, weil man in Erinnerung hat, was 1953 plötzlich in der DDR passiert ist. Es gibt noch ein anderes Beispiel. In West-Berlin ist Willy Brandt Oberbürgermeister. Und er hat damals schon vorgeschlagen, im Fall der Fälle, wenn es dann doch aus politischen Gründen zur Flucht aus Polen kommt, dass er bereit wäre, diese Polen in West-Berlin zu empfangen. Insofern sind das ganz unterschiedliche Reaktionen auf den Aufstand beziehungsweise auf die späteren Ereignisse in Polen. Aber zurück zum 17. Juni. Ich denke, gerade für Polen spielte der Verzicht auf Reparationen eine ganz wichtige Rolle. Es ging schließlich um Sachleistungen. Und die Einstellung von diesen Sachleistungen, die Polen durch die Sowjetunion aus der DDR bekommen



hat, hat schon eine ganz wichtige Rolle gespielt.

Dr. Thomas Arnold: Wurde das von der polnischen Bevölkerung akzeptiert – acht Jahre nach dem Krieg?

Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz: Wer hat danach gefragt? In Polen hat man keinen danach gefragt. Hinzu kommt noch, dass mit der Unterzeichnung des Vertrags mit der Sowjetunion im August 1945 über die Einteilung von Reparationen, Polen sich gleichzeitig verpflichtet hat, Kohle zu Dumpingpreisen zu liefern. Und auf polnischer Seite gab es immer den Wunsch, diese Lieferungen einzustellen. Und als der Vorschlag 1953 kam, dass die Sowjetunion die Reparationen einstellt, war die polnische Seite sofort damit einverstanden, weil tatsächlich diese Kohlenlieferungen zu Ungunsten Polens ausgefallen sind. Also das heißt, wir haben tatsächlich von den Reparationen aus der DDR wenig profitiert. Das geht auch aus dem Abschlussvertrag

von 1957 hervor. Insofern war das auf der einen Seite ein schwieriges Thema in Polen, einem zerstörten Land. Und man hat gedacht, man kann mit diesen Sachleistungen Polen stärker machen. Aber gleichzeitig war einem bewusst, dass die Kohlelieferungen zu Dumpingpreisen Polen kaputt machen. Letzten Endes war man überhaupt froh, dass es möglich war, darauf zu verzichten.

Dr. Thomas Arnold: Frau Aris, würden Sie der These von der Stabilisierung nach dem 17. Juni 1953 zustimmen? Also mir scheint es, als habe es eine wirtschaftliche Stabilisierung gegeben, indes aber den großen Bruch bei denen, die vielleicht noch gehofft hatten, dass dieses sozialistische System doch funktioniert.

Dr. Nancy Aris: Ja, es gab die totale Ernüchterung. Parallel gab es aber auch eine Stabilisierung. Gerade mit Blick auf die Arbeiterschaft wurde ja nun die Strategie des forcierten Sozia-

lismus, bei der die Konsumgüterproduktion zugunsten der Schwerindustrie eingedampft worden war, rückgängig gemacht, sodass es bescheidenen Wohlstand gab. Aber die Stabilisierung hatte natürlich auch in der gesamten Sicherheitsarchitektur stattgefunden. Die Überwachung und Durchdringung der Gesellschaft nahm an Fahrt auf. Die Staatssicherheit hatte nach dem 17. Juni einen enormen Mitarbeiterzuwachs. Aber nicht nur das. Es wurde ja dann im Prinzip erst ein richtiges Berichtswesen installiert. Man schuf vernetzte Strukturen, die sogenannten Bezirkseinsatzleitungen. Wo man eine Verbindung, eine feste Struktur hatte zwischen der SED-Leitung, der Polizei und der Staatssicherheit. Mittels dieser Dreierkonstellation war man schnell einsatzfähig, konnte auf jedweden »Staatsfeind« reagieren, betrieb im Prinzip Aufstandsprävention. Das führte letzten Endes dann eben auch zum Mauerbau, mit dem wiederum das letzte Hoffnungssignal verlosch. Aber



ich würde sagen, dass der 17. Juni für viele Menschen extrem ernüchternd war. Wenn man allein die Flüchtlingszahlen anschaut. Enorm viele Menschen haben direkt nach dem 17. Juni die DDR verlassen. Das ist ein wichtiger Indikator dafür, dass wirklich viele Menschen verstanden haben, dass die Hoffnung, die sie noch hatten, jetzt dauerhaft in den Wind geschlagen war.

Dr. Thomas Arnold: Lassen Sie uns im europäischen Kontext schauen, welche Konsequenzen die Staaten zogen. Die DDR hat den Sicherheitsapparat verstärkt, auch aus dem Angstreflex heraus, sowas könnte wiederkommen. Würden Sie das für andere mitteleuropäische Länder ähnlich sehen? Dass sie quasi auch in der Art vom 17. Juni in der DDR gelernt haben?

Petr Brod: Was die Tschechoslowakei angeht, kann man das nicht so direkt sagen. Die tschechoslowakische Machtelite hatte ihre Erfahrungen mit

einem Volksaufstand drei Wochen vor dem 17. Juni gemacht. Für sie war wichtiger, dass jetzt plötzlich ein sonderbarer Druck aus Moskau kam, etwa was die Wirtschaftspolitik angeht. Da sollten Maßnahmen wie die Währungsreform plötzlich abgemildert werden. Man wurde aus Moskau zu einem neuen Kurs gedrängt. Und das war neu für die Tschechoslowaken. Sie mussten sich in Moskau viel Kritik über ihre bisherige Taktik anhören. Sie mussten einen Teil der Kollektivierung zurücknehmen, die in der Tschechoslowakei zu großen Versorgungsengpässen geführt hat und zu großer Unordnung auf dem Lande. Zum Beispiel wurde zugelassen, dass in einigen Regionen Menschen, die vorher zum Eintritt in die LPG gezwungen worden waren, nun wieder austreten konnten. Die Lage war besonders schlimm in der Ostslowakei. Dort hat man einen Teil dieser Kollektivierung regelrecht zurückgenommen. Also ich würde nicht sagen, dass die Ereignisse in der DDR eine große

Rolle in der Bewusstseinsbildung der tschechoslowakischen kommunistischen Elite spielten. Es sei denn, sie konnten sich vorläufig darauf verlassen, dass die Sowjetmacht einschreiten würde, wenn das kommunistische Regime irgendwie in existenzielle Not gerät. Was allerdings in der Tschechoslowakei dadurch kompliziert war, dass es dort keine sowjetischen Truppen gab. Aber man konnte sich wohl darauf verlassen, dass irgendwie die Sowjets eingreifen würden, um das Regime abzusichern.

Prof. Dr. Michael Gehler: Es ist in allen Vergleichsfällen von den Veränderungen des Machtgefüges im Kreml auszugehen, woraus sich Folgen für die sozialistischen Staaten ergaben. Das ist gewissermaßen eine mitteleuropäische Analogie beziehungsweise eine vergleichbare Komponente zur Zeit der Reformen eines allerdings anderen KPdSU-Generalsekretärs ab Mitte der 1980er-Jahre.



Der Tod Stalins am 5. März 1953 bedeutete eine Zäsur mit alsbald einsetzenden Lockerungen in den bisher festgefügt und starren stalinistischen Systemen. Es herrschte ein regelrechtes Aufatmen in der Bevölkerung auch im Westen, zum Beispiel in Österreich. Meine Mutter kann sich noch gut daran erinnern, als sie als junges Mädchen zu Verwandten nach Wien mit dem Zug von Innsbruck aus in Richtung Osten des vierfach besetzten Landes fahren musste und die Kontrollen beim Übergang der Demarkationslinie an der Enns zur sowjetischen Besatzungszone nicht mehr so scharf waren. Wir wissen durch Zeitzeugen über die Reaktionen in der Sowjetunion nach Stalins Tod, dass eine gemischte Gefühlslage von Nachdenklichkeit und Trauer einerseits und Befreiung und Erleichterung andererseits herrschte. Anfang 1956 fand der XX. KPdSU-Parteitag statt, bei dem Chruschtschow die berühmte Geheimrede hält, die gar nicht so geheim war, in der er mit den Verbrechen Stalins

abrechnete und damit die Entstalinisierung in der UdSSR einleitete, die auch in Mitteleuropa nicht ausblieb. Sie löste in Ungarn Verwerfungen und Wellen der Veränderungen im dortigen stalinistischen Parteiapparat aus. Der Konflikt zwischen Reformsozialisten und Stalinisten verschärfte sich, worauf letztere ins Hintertreffen gerieten. Die unentschiedene Machtfrage in Moskau im Zuge der Regelung der Nachfolge Stalins spielte eine übergeordnete Rolle mit Blick auf die Machtverhältnisse in Mitteleuropa. Stalins Tod gehört unbedingt zur Vorgeschichte des 17. Juni.

Die andere Frage betrifft den nuklearpolitischen Aspekt. Im Kalten Krieg der ersten Hälfte der 1950er-Jahre kristallisiert sich ein Bewusstsein der politischen Akteure von einer Pax Atomica als Teil des Ost-West-Konflikts heraus. Man diskutiert im Westen intern das Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, die EVG. Für Frankreich geht es darum, ob und wie viel Anteile

an Plutonium und Uran die Force de Frappe für die so gedachte vergemeinschaftete Streitkraft Westeuropas abgeben muss. Eine westdeutsche Beteiligung ist das Anliegen Adenauers. Er forciert die Bildung der EVG auch mit atomarer Bewaffnung. Nachdem im Jahr 1952 die Montanunion realisiert worden ist, geht es ihm 1953 mit seinen westeuropäischen Partnern um die Realisierung der EVG. Dabei hilft ihm paradoxerweise der 17. Juni mit der sowjetischen Intervention und der politischen Unterdrückung der aufständischen Ostdeutschen, indem das Argument der Schaffung der EVG ihre Begründung erfährt. Übrigens fanden in Folge auch trilaterale Geheimverhandlungen zwischen Frankreich, Italien und der Bundesrepublik Deutschland statt, an denen Franz Josef Strauß, seit 1955 Atomminister, beteiligt war. Verhandelt wurde über eine westeuropäische Atombombe. Adenauer wollte sie auch, was man wissen muss. Charles de Gaulle machte diesem Vorhaben dann einen



Strich durch die Rechnung, als er 1958 an die Macht kam, weil er eine trilaterale Force de Frappe nicht mit Deutschen und Italienern, sondern mit Briten und Amerikanern wollte. Darauf reagierte nach Eisenhower auch Kennedy ablehnend, woraufhin de Gaulle die britischen EWG-Beitrittsverhandlungen 1963 blockierte – wohl vor allem aufgrund dieser nuklear-politischen Divergenz – und sich für den Élysée-Vertrag mit Adenauer ausspricht, in der Hoffnung, in Ermangelung des angloamerikanischen nun deutsches Knowhow für den Bau einer französischen Atombombe zu erlangen. Die aufkommende nukleare Dimension des Kalten Kriegs spielt auch öffentlich wahrnehmbar seit Mitte der 1950er-Jahre eine größere Rolle.

Vergessen wir nicht die Suez-Krise, die parallel zur Ungarn-Krise im Herbst 1956 eskalierte, während in Budapest die Menschen aufstehen, für ihre Freiheit und die Unabhängigkeit ihres Landes bluten und das nationale Selbstbe-

stimmungsrecht fordern. Die Führung unter Nagy hatte sich übrigens für das österreichische Modell der Neutralität ausgesprochen. Ungarn und Österreich waren im Dezember 1955 Mitglied der Vereinten Nationen geworden, was den deutschen Staaten noch versagt war. Die Bundesrepublik und die DDR wurden erst 1973 UN-Mitglieder. Aufgrund der ungarischen Zugehörigkeit war die UNO auch mit dem Ungarnaufstand und seinen Folgen befasst. Sie reagierte mit humanitären Maßnahmen und politischen Resolutionen zur Einstellung der Intervention und Kämpfe – das war beim 17. Juni nicht der Fall. Nikolai Bulganin drohte auch 1956 mit dem Einsatz der Atombombe infolge der militärischen Intervention der Briten, Franzosen und Israelis am Suezkanal. Die nukleare Dimension bewegt sich 1953/54 bereits am Horizont des Kalten Kriegs. Deutlich wird sie mit der sowjetischen Drohung des Einsatzes von Nuklearwaffen während der Suez-Krise, sollten v. a. Briten und Franzosen von

dort nicht abziehen. 1953 dominiert im Falle des 17. Juni noch die konventionelle Dimension – von Atomwaffen ist noch keine Rede – im Hintergrund verhandeln jedoch bereits Westeuropäer über eine Teilhabe an einer Nuklearwaffe – auch mit den Westdeutschen.

Dr. Thomas Arnold: Ich habe ja versprochen, Sie sollen auch Fragen stellen können. Aber ich will zuvor noch einmal auf die Erinnerungskultur schauen und kurz Ihren Vorschlag aufgreifen, dass Europa heute stärker erzählt werden soll vom 17. Juni 1953 her. Wie meinen Sie das?

Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz: Ich meine es vor allem als gemeinsame Erfahrung des Widerstandes gegen jegliche Totalitarismen. Wir sollten es nicht getrennt betrachten, sondern als gemeinsame Erfahrung Ost-Mitteleuropas hinter dem Eisernen Vorhang. Auch der Krieg in der Ukraine ist so eine Erfahrung, die wir heute machen müssen.



Unverändert ist die Demokratie gefährdet und wir müssen uns immer wieder für die Demokratie einsetzen. Das sind die späten Lehren, die wir gezogen haben beziehungsweise ziehen müssten, wenn wir das nicht getrennt betrachten, sondern gemeinsam. Und deswegen plädiere ich dafür, dass man vor allem die Ereignisse nach dem Zweiten Weltkrieg im Ostblock nicht getrennt betrachtet.

Denn bisher war das tatsächlich so, dass wir – ich möchte jetzt überhaupt nicht polemisieren – herangegangen sind nach dem Motto »die Tschechen waren die Ersten«, »die Polen waren die Ersten«. Was heißt das? So können wir auch die Geschichte beschreiben. Aber wo führt das hin? Wenn man in Polen zum Beispiel einerseits nicht an die Ereignisse erinnert, andererseits aber, wie vor einigen Tagen geschehen, der Juni-Aufstand in der DDR auf die Grenzfrage reduziert wird, also dass man während dieses Aufstands die

Oder-Neiße-Grenze in Frage gestellt habe, dann ist das für mich eine ganz große Verkürzung der Sache. Das muss man im größeren Kontext sehen. Gleichwohl gab es tatsächlich ein Problem zwischen Polen und den beiden deutschen Staaten. Es ist auch nicht zufällig, dass ausgerechnet acht Jahre nach dem Krieg in der DDR, wo ein Viertel der Bevölkerung Vertriebene aus dem Osten waren, einige Personen das gefordert haben. Aber aus meiner Perspektive ist es eine Marginale. Bei dem Aufstand ging es um etwas Anderes.

Deswegen habe ich nicht zufällig das neue Flaggschiffprojekt eines deutsch-polnischen Geschichtsschulbuchs erwähnt. Zu meiner Verwunderung kommt in diesem Buch der Aufstand von 1953 nicht vor. Also wie können die polnischen Schüler etwas über das deutsche Erleben dieses Aufstands erfahren? Da wird nach wie vor der Eindruck erweckt, na ja, die Deut

schen waren brav und haben über die gesamte Zeit der DDR hinweg keinen Aufstand ausgelöst. Und 1989, na ja, da kam der Westen und hat alles in eigener Regie erledigt. So ist verkürzt vielleicht die Vorstellung und ich glaube, man kann etwas dagegen tun, wenn man das Geschehen in einen größeren europäischen Kontext stellt. Wenn man die Geschichte Ost-Mitteleuropas als gemeinsame Erfahrung versteht, dann kommen solche Probleme nicht mehr vor, dann bekommen wir mehr gegenseitiges Verständnis dafür und sensibilisieren uns gleichzeitig für die Situation des anderen.

Dr. Thomas Arnold: Frau Aris, Sie waren heute Morgen mit vielen Schülern in der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden. Sie haben da Jugendliche vor sich, wo im Ernstfall die Großeltern schon tot sind, die es erlebt haben. Es sind Jugendliche, die Freiheit und eine geeinte Nation gewohnt sind. Was ist hier die Erzählung?



Dr. Nancy Aris: Die interessieren sich natürlich für andere Fragen der Freiheit. Wenn man die Frage stellt: Was habt ihr denn für Anknüpfungspunkte? Dann kamen Wortmeldungen, dass sie sich eigentlich als sehr privilegiert sehen, hier in Deutschland zu leben, wo sie alle Freiheiten der Welt haben. Sie können diskutieren, sie können den Beruf wählen, den sie wollen. Sie können dieses und jenes tun. Es spielte das Klima-Thema eine große Rolle, die Frage, ob sie in Zukunft ganz grundsätzlich noch diese Freiheiten haben werden. Denn, was nutzt einem die Freiheit, wenn man nicht mehr auf die Straßen gehen kann, weil da 45 Grad sind und die Natur verwüstet ist. Also das war ein Thema. Und dann war natürlich ein zweites Thema, nämlich, dass, damit wir hier in »unserer Freiheit« und in »unserem Wohlstand« leben können, doch relativ viele Menschen ausgeschlossen werden. Also die Flüchtlinge, die eben nicht hier nach Deutschland kommen können, um uns in unserer Freiheit und in unserem

Wohlstand nicht zu bedrohen. Also das sind so Fragen, die Jugendliche tangieren und da ging es jetzt weniger um die Geschichte des 17. Juni.

Aber ich finde es auch wichtig, dass wir, und da bin ich ganz bei Herrn Ruchniewicz, bei allen Erhebungen in einer Diktatur, auch die kleineren Zeichen der Opposition und des Widerstands viel stärker in den Vordergrund rücken und da auch das Verbindende suchen. Mit dem Verbindenden meine ich aber nicht, dass wir jetzt künstlich eine gesamteuropäische Ereigniskette aufbauen. Das funktioniert in den meisten Fällen nicht, denn viel passierte ja parallel, ohne dass die Protagonisten voneinander wussten. Zum Beispiel, dass im Sommer 1953 plötzlich auch nördlich des Polarkreises in Workuta, im Gulag, ein Aufstand geschah, an dem sich 15 000 Strafgefangene beteiligten. Man kann da die Frage stellen: Lag das in der Luft? Aber vielleicht ist das nicht die entscheidende Frage,

sondern wir können ja auch versuchen, einfach diese Momente der Opposition und des Widerstands und des absoluten Freiheitswillens in den Vordergrund zu rücken. Und da denke ich, das ist wichtig. Das eint im Prinzip dann auch Europa.

Dr. Thomas Arnold: Meine Damen und Herren, drei Mikrofone stehen Ihnen zur Verfügung. Wenn Sie Fragen oder Anmerkungen haben, dann haben Sie jetzt dazu die Chance.

Fragesteller: Mein Name ist Norbert Meyer, ich bin Mitglied des Landtags. Ich habe die Friedliche Revolution 1989 miterlebt und bin auch hier in Dresden auf der Straße gewesen. Damals waren mir die Erinnerungen an 1953 durch Überlieferungen meiner Eltern sehr präsent. Deswegen hat mich das ein bisschen gestört, als Sie da so leichte Andeutungen gemacht haben, »die Panzer waren ja alle so friedlich damals«. So kam das jetzt bei mir an und das hat



mich ein bisschen gestört. Es wurde 1953 Kriegsrecht verhängt. Meine Eltern haben mir berichtet, dass auch in der Zeit danach in der DDR eine absolute Rechtlosigkeit geherrscht hat. Man wurde denunziert, war plötzlich verschwunden und niemand wusste wohin. Das war allgegenwärtig. Und diese Angst hat sich weiter fortgesetzt bis 1989. Ein Ruf, der damals sehr präsent war, war »keine Gewalt«. Passt auf eure Nachbarn auf, dass keine Provokation passiert. Gebt der Staatsmacht keine Legitimation, gegen euch zuzuschlagen. Das war ein ganz zentraler Ruf, den wir damals hatten. Ich empfinde es so wie Sie, Frau Dr. Aris hat es angesprochen, auch Herr Professor Gehler, wir sollten die Erinnerung an diese Freiheitsehnsucht und an die Menschen, die damals auf die Straße gegangen sind, unbedingt weitertragen und weiter stärken. Vielleicht gelingt es auch im Sächsischen Landtag noch darüber nachzudenken, was wir tun können, dass das weitergetragen wird. Wenn

Sie schildern, dass das immer mehr verblasst, dann bewegt mich das sehr. Und dann noch eine Frage: Ich habe das 1989 und in den Jahren davor sehr deutlich erlebt, den Umbruch in der Sowjetunion, als Gorbatschow an die Macht kam, das Gefühl, jetzt lockert sich was, jetzt gibt es neue Hoffnung, es gibt Bewegung, die Repression wird weniger, wir bekommen mehr Freiheiten. Und dann kam in der DDR die Antwort des Staates: Bei uns findet das nicht statt. In der DDR geht alles so weiter. Man nimmt euch die Luft zum Atmen. Und das hat dann dazu beigetragen, dass die Leute auf die Straße gegangen sind. Und ich denke, das war 1953 ähnlich. Stalin war gestorben. Die Repressionen haben Sie erwähnt, gegen Bauern, gegen Christen. Und dann hat man auch gedacht, es wird besser, aber es passierte nichts. Können Sie zu dieser Parallel noch etwas sagen? Sehen Sie das so ähnlich?

Dr. Thomas Arnold: Vielen Dank. Ich höre da zwei Fragen heraus. Erstens, ist das Machtvakuum 1953 vergleichbar mit dem Machtvakuum 1989? Und zweitens, haben wir das Bild der Panzer zu weichgezeichnet?

Prof. Dr. Michael Gehler: Diese vermeintliche Weichzeichnung geht nicht auf das Podium zurück, sondern u. a. auf einen Bericht des Stadtkommandanten im britischen Sektor von Berlin. Er hat die unterschiedlichen Phasen des Auffahrens, Einrückens und Einsatzes der sowjetischen Panzer beschrieben. Am Anfang war das Verhalten der Panzerfahrer vorsichtig und zurückhaltend, als ob sie noch abwarten und schauen wollten, wie die Bevölkerung reagiert. Das haben die Demonstrierenden und zufällig Vorbeilaufenden laut Bericht auch so empfunden. Die Stimmung kippt und eskaliert aufgrund von Ablehnung, Gegenwehr, Provokationen und Plünderungen. Zudem hat es offensichtlich unterschiedliche Weisungen



gegeben, um auch zu sehen, wie die demonstrierende Bevölkerung reagiert. Im Übrigen können wir so eine ähnliche Entwicklung 1956 in Ungarn beobachten, die sich rasch radikalisierte. Der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak ist kurz vor der Niederschlagung der ungarischen Aufständischen in Moskau zu Besuch und spricht mit Chruschtschow, der ihm versichert, dass man von sowjetischer Seite nicht in Ungarn eingreifen, sondern abwarten wolle, wie sich der Übergang zu Imre Nagy vollzieht. Es sieht nicht so aus, als ob Chruschtschow für eine Militärintervention plädiert. Spaak fährt zurück nach Brüssel und erfährt, dass der Aufstand in Budapest blutig niedergewalzt wird. Was war inzwischen geschehen? Nagy hatte die Lage nicht mehr unter Kontrolle gehabt. Es kam zu Ausschreitungen, Gewalthandlungen und Übergriffen. Geheimdienstleute wurden gelyncht. Nagy hatte die Vereinten Nationen aufgefordert zu intervenieren, den Austritt Ungarns aus dem Warschauer

Pakt gefordert und eine Neutralität nach österreichischem Muster für sein Land angekündigt. Das alles war für den Kreml zu starker Tobak und nicht mehr hinnehmbar, ohne entsprechenden Gesichtsverlust zu erleiden. Das muss man sehen, wenn man die realpolitischen Machtverhältnisse im Kalten Krieg realistisch beurteilen will.

Was das Machtvakuum angeht, das sich 1953 aufgetan hat, im Vergleich mit der Machtkonstellation im Jahre 1989: Mit Stalins Tod wird erkennbar, dass Unsicherheit aufkommt und Unruhe im sowjetischen Machtgefüge in Mitteleuropa entsteht. Diese Verunsicherung trug zur Desorientierung an der Parteibasis bei. Die einfachen Leute trauten sich mehr, aus der Reserve hervorstreten. Ich habe im Vortrag auf Wladimir Semjonow verwiesen, der die Anweisungen bekam, den »Neuen Kurs« in der DDR zu begleiten und zu unterstützen. Seine Rolle ist im Zeichen des 17. Juni zwiespältig, weil er sich im

Anschluss an den Aufstand in Moskau absichern wollte und musste. Es gibt Hinweise von Armeegeneral Wassili Tschuikow zur Lage in der DDR. Die Sowjets waren über die dort grassierende Wirtschaftskrise, die staatlichen Eingriffe und politischen Repressionen vor dem 17. Juni gut informiert, die nach Moskauer Sicht viel zu weit gegangen waren, so dass sich die Menschen in der DDR nicht mehr mit dem sozialistischen »Arbeiter- und Bauernstaat« identifizieren konnten. Politische Liberalisierung und gesellschaftliche Lockerung waren u. a. mit geplanten Reprivatisierungen angesagt. Auf diese neue Kursrichtung musste die SED-Partei in Moskau aber erst gebracht werden. Grotewohl und Ulbricht waren ja nach Moskau einbestellt worden und bekamen dort klare Anweisungen. Ihnen wurde gesagt, dass sie zu weit gegangen seien mit dem seinerzeit von Stalin gebilligten »Aufbau des Sozialismus« von 1952. Das hat man in Moskau im Frühjahr 1953 früher erkannt, als die



deutschen Kommunisten es begriffen haben und wahrhaben wollten. Ich zweifle, ob man schon zwischen März und Mai 1953 von einem Machtvakuum in der DDR sprechen kann. Die Partei versuchte krampfhaft am »Aufbau des Sozialismus« festzuhalten. Dann wird ihr von Moskau aus befohlen, davon Abstand zu nehmen und zurückzurudern. Sie nahm ihre Politik dann auch schrittweise zurück. Das tat sie, aber nur eben nicht mehr rechtzeitig in der Frage der Rücknahme der Erhöhung der Arbeitsnormen. Praktisch hieß das: fortgesetzte Lohnkürzungen, was die davon betroffenen Arbeiter sofort verstanden haben und nicht mehr hinnehmen wollten. So entwickelte sich sehr schnell eine explosive Stimmung. Bis ins Jahr 1989 hinein bestand meines Erachtens kein Machtvakuum in der DDR. Honecker und im Anschluss Krenz waren noch bis zum Herbst 1989 in vollem Besitz weitreichender Kompetenzen und Machtstrukturen, derer sie sich bewusst waren und diese entsprechend kontrollierten.

Das SED-System verlor allerdings seit Mai und Juni 1989 massiv an Zustimmung durch die angezeigten und bekanntgewordenen Wahlfälschungen sowie die Zunahme der Ausreiseanträge und die Besetzungen der bundesdeutschen Botschaften im Laufe des Sommers 1989.

Dr. Thomas Arnold: Frau Aris, wollen Sie nochmal kurz reagieren zu den Panzern?

Dr. Nancy Aris: Also ich will hier mitempfinden relativieren, aber ich finde, es ist schon ein Unterschied, ob die Besatzungsmacht ein großes Schreckenspotenzial aufsetzt und Panzer in Stellung bringt oder ob die Panzer mit 50 km/h durch die Straßen fahren und dabei eine Schneise der Verwüstung anrichten. Und das hätten sie ja machen können, und das haben sie nicht gemacht. Von den 55 Toten sind tatsächlich die meisten bei den Haftanstalten gestorben, wo Staatssicherheitsleute oder Polizisten in die Menge

geschossen haben. Es ist wirklich mit vielen Quellen belegt, dass die sowjetischen Panzer über die Köpfe geschossen haben. Natürlich macht das Angst und ich glaube, ich würde sofort wegrennen, wenn ein Panzer auf mich zugefahren käme. Es hat natürlich ein ganz großes Abschreckungspotenzial entfaltet. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Auch glaube ich, dass es am Anfang noch eine gewisse Unsicherheit und ein Austarieren gab. Hinzu kommt: Acht Jahre nach dem Krieg waren das natürlich auch völlig kriegstraumatisierte Soldaten. Zum Teil waren die Soldaten, die dann wieder in der DDR stationiert waren, noch im Zweiten Weltkrieg gewesen. Also ich glaube, die hatten alles andere im Kopf, aber wollten jetzt nicht unbedingt mit ihrem Panzer in die Menge schießen. Das ist tatsächlich auch nicht belegt. Und wenn Sie die Bilder von Berlin, von der Leipziger Straße sehen, wo Jungs Steine auf einen Panzer werfen. Also das musste sich kein Panzerfahrer gefallen lassen.



Da bleibe ich schon ein Stück weit dabei, dass wir in unserer Betrachtung das von der blutigen Niederschlagung durch die Sowjets vielleicht nicht allzu lapidar daher sagen sollten. Natürlich war das eine Bedrohung, aber es wurden nicht massenhaft Menschen überfahren. Ich kenne kein Todesopfer, das von einem sowjetischen Panzer überfahren wurde. Jedenfalls ist das nicht in der historischen Literatur belegt. Und wir sollten ja, wenn wir über historische Themen sprechen, doch in erster Linie die Quellen zu Rate ziehen.

Dr. Thomas Arnold: Es gibt jetzt noch die Möglichkeit für Fragen oder für Anmerkungen.

Fragesteller: Mein Name ist Wolfgang Howald, ich bin Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Sachsen und des Münchner-Platz-Komitee, und ich bin auch so ein bisschen Augenzeuge mit neun Jahren gewesen.

Sie haben gegen Ende Ihrer Diskussion von den gemeinsamen Erfahrungen gesprochen. Vielleicht kann man fragen: Was haben uns die Widerständler des 17. Juni und der anderen Widerstandsbewegungen heute zu sagen? Und dann ist da die Frage: Was wollten die? Sie wollten sicher die deutsche Einheit. Aber nicht nur. Es ging auch nicht nur um die Rücknahme der Normen, sondern die Forderung lautete nach Freiheit. Aber Freiheit in welchem Zusammenhang? Nicht nur die Freiheit vor dem Staat. Das sicher auch. Vielmehr ging es um Spielraum. »Wir wollten nicht alles vorgekaut und gesagt bekommen. Wir wollen die Freiheit zur Teilhabe, wir wollen freie Wahlen. Also wir wollen mitmischen in einem demokratischen Prozess. Wir wollen dabei sein.« Das wäre, glaube ich, das Zeichen für uns, wo wir auch aktuell diese Abwendung von der Politik sehen. Wäre das so ein Ansatz, eine gemeinsame europäische Erfahrung aus diesen Widerstandsbewegungen mitzunehmen?

Dr. Thomas Arnold: Vielen Dank. Ich sehe Kopfnicken.

Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz: Ja klar, das ist ein Aufruf zur aktiven Beteiligung. Und ich denke, das ist in vielen Fällen auch so geschehen – trotz aller Widerstände und Repressalien. Insofern denke ich mir, das ist etwas Universelles und in diesem Sinne auch Verbindendes. Ob es da wirklich Unterschiede gegeben hat, etwa bei der Freiheitsdefinition, das glaube ich nicht. Das heißt, man hatte schon seit 1947/48 negative Erfahrungen gemacht mit dem neuen System. Und man hat auch gleichzeitig in anderen Teilen Europas gesehen, wie Demokratie aussehen kann. Also insofern glaube ich, war es ein erster Ruf nach Mündigkeit und Beteiligung. Polen sah sich 1953 sogar noch in einer gegenläufigen Situation. In Polen wurde das System sogar noch verschärft. Man hat hier aus den Ereignissen in der DDR keine Schlüsse gezogen. Zu Lockerungen kam es in



Polen erst seit 1955. Wir haben also unterschiedliche Erfahrungen gemacht, und trotzdem werden 1956 dieselben Parolen und Forderungen laut. Insofern glaube ich, das ist etwas Gemeinsames und zugleich auch eine Aufforderung an uns, daran zu erinnern.

Dr. Thomas Arnold: Von meiner Seite aus sage ich herzlichen Dank. Mir geht die ganze Zeit, auch jetzt in den letzten Minuten das Wort vom aufrechten Gang durch den Kopf. Vielleicht ist auch das etwas, was man mitnehmen kann aus dem heutigen Abend und vor allen Dingen aus diesem Jubiläum.





Die Schriftenreihe »DIALOG« dokumentiert die »Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus«.

Folgende Dokumentationen sind erschienen:



Die einzelnen Hefte können bei Interesse kostenfrei unter www.landtag.sachsen.de, per E-Mail unter publikation@slt.sachsen.de oder per Post bestellt werden, soweit sie noch nicht vergriffen sind. In der Bibliothek des Sächsischen Landtags stehen sie ebenfalls zur Ansicht zur Verfügung.



Heft 1: »Amerika und Europa – Folgt der Finanzkrise die Staatskrise?« am 18. Januar 2011

Heft 2: »Parteiendemokratie in Deutschland – Gesicht und Substanz des politischen Personals« am 19. Juni 2012

Heft 3: »Identität und Föderalität: Europas Wege aus der Krise« am 5. Juni 2012 im Plenarsaal

Heft 4: Fachtagung »Sächsische Landtagsgeschichte im Vergleich« am 28. März 2012

Heft 5: »Umbruch jüdischen Lebens in Deutschland nach der Wiedervereinigung« am 6. März 2013

Heft 6: »Staatsverschuldung im Kontext der europäischen Währungsunion – Neuverschuldungsverbot im Freistaat Sachsen« am 25. September 2013

Heft 7: »Politik und Medien – bürgernah und ehrlich!?« am 26. Mai 2015

Heft 8: Graduiertenkolleg »Geschichte sächsischer Landtage« vom 28. bis 30. Oktober 2015

Heft 9: »TTIP – Chancen und Risiken transatlantischen Freihandels« am 7. Juni 2016

Heft 10: »Respektvoller Umgang im politischen Streit« am 31. Januar 2017

Heft 11: »Wie weiter mit Europa? – Die Sicht der Regionen« am 18. September 2018

Heft 12: »Finanzstabilität in Europa« am 20. März 2019

Heft 13: »Was bedeutet Meinungsfreiheit?« am 8. Oktober 2020

Heft 14: »Sehnsucht Freiheit – der 17. Juni 1953 im mitteleuropäischen Kontext« am 16. Juni 2023



